

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 2. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Mitgliederzählung vom 2. Quartal 1909. — Kaiser und Papst im Bunde gegen die deutsche Arbeiterbewegung. — Der „Christliche Sieg“ in Solnhofen. — Internationales: Differenzen im ungarländischen Bauarbeiterverband. — Die Schnapsjunker. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Neue Zahlstelle. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage:** Die Erdrosselung des § 4 der Bundesratsverordnung. — Hannes Wolf und seine Verteidigung. — Die Bauarbeiterorganisationen rüsten. — Statistische Erhebungen der Zahlstelle Köln. — Die Berliner Berufsverhältnisse im Lichte der Statistik. — Die Mißhandlung ausländischer Arbeiter in Preußen und Sachsen. — Literarisches. — Feuilleton: Die neue Dolomitenstraße.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Mülhausen (El.): Filial-Betrieb Schachermühle. — Baumholder: Firma Burger. — Raenssen: Firma Wöhler III. — Skehoe: Firma Kolbe.

**Baldwinstein a. d. Bahn.** Der Streik der Marmor Schleifer ist zu unseren Gunsten erledigt.

**Meißen I.** Bei der Firma Hirsch in Scheila sind Differenzen ausgebrochen. Der Preis pro Quadratmeter Pflastersteine wurde um 70 Pfg. herabgesetzt. Die Firma weigert sich nach wie vor, den früheren Preis von 4.20 Mk. pro Quadratmeter Pflastersteine zu zahlen.

**Solnhofen.** Hier haben die Christlichen so glänzend „gesiegt“, daß bedauerlicherweise vorige Woche noch etwa 300 Arbeiter ohne Beschäftigung waren. Im ganzen Gebiet ist die Erregung über den gewollten Verrat des ehemaligen Führers Wolf ungeheuer.

**Niederlammig.** Der Werkplatz Heinrich ist gesperrt. Eine Verhandlung mit der Kommission lehnte Heinrich ab.

**Mhrweiler (Rheinland).** Die Kollegen bei der Firma Lancier sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang streng fernhalten.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

**Oesterreich:** Ofegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Triest, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.

**Ungarn:** Szolnok, Gyor, Temesvár, Czákartobánya, Budapest.

**Schweiz:** Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur, Herzogenbüsch, St. Gallen.

**Frankreich:** Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

## Die Mitgliederzählung vom 2. Quartal 1909.

Der Organisationsapparat der deutschen Gewerkschaften, wir meinen damit die Zentralverbände, funktioniert so ausgezeichnet, daß die vorgenommenen Mitgliederzählungen in den meisten Fällen als sehr exakt bezeichnet werden müssen. Die Zentralverbände sind es nicht gewohnt, nach „oben“ mit runden Ziffern die Mitgliederzahlen abzuschließen, wie das systematisch von den Christlichen betrieben wird. Der Steinarbeiterband befolgt selbstbestehend bei seinen Mitgliederzählungen strengste Objektivität, und nur auf diese Weise können sich die Kollegen selbst ein zutreffendes Bild über den wahren Stand der Organisation machen.

Wir geben nun die Mitgliederziffern vom 2. Quartal 1909 und zum Vergleich auch die vom 2. Quartal 1908 bekannt:

	II. Quart. 1909	II. Quart. 1908
1. Gau: Berlin . . . . .	913	939 — 26
2. „ Striegau . . . . .	2638	2921 — 283
3. „ Dresden . . . . .	3395	3266 + 129
4. „ Leipzig . . . . .	853	1261 — 408
5. „ Erfurt . . . . .	337	443 — 106
6. „ Hannover . . . . .	1802	2144 — 542
7. „ Köln . . . . .	936	1006 — 70
8. „ Mannheim . . . . .	1339	1398 — 59
9. „ Karlsruhe . . . . .	1549	1504 + 45
10. „ Regensburg . . . . .	2348	2395 — 47
11. „ Würzburg . . . . .	1229	980 + 249
	17 139	18 257 — 1118
Einzelzähler . . . . .	205	195 + 10
Summa . . . . .	17 344	18 452 — 1108

Nach Branchen geordnet ergibt sich bei der Gesamtmitgliederzahl folgendes Resultat:

Sandsteinarbeiter	= 8405 Mitglieder	= 48,5 Proz.
Granitarbeiter	= 7649 „	= 44,1 „
Marmorarbeiter	= 1290 „	= 7,4 „
Summa	17344 Mitglieder	= 100,0 Proz.

Die Muschelkalkarbeiter haben wir ohne weiteres der Sandsteinindustrie zugeteilt. Gegenüber dem Vorjahre ist eine kleine Verschiebung zugunsten der Granitindustrie eingetreten.

Es stellt sich also gegenüber dem Vorjahre ohne Beschönigung ein Mitgliederverlust von 1108 heraus. Allerdings haben einige Zahlstellen über das 2. Quartal 1909 keine Abrechnungsformulare eingesandt. Die dort vorhandenen Mitglieder sind nicht mitgerechnet worden. Folgende Zahlstellen haben uns ihre Abrechnungen nicht übermittelt: Breslau II, Sadisch, Auerbach, Horka, Ehringsdorf, Dessau, Bielefeld, Eschershausen, Hardeggen, Hörstel, Hoof, Hundsburg, Magdeburg, Overbillingshausen, Duisburg, München-Glabbach, Altenglan, Bensheim, Frankenstein, Höchst i. N., Klingenmünster, Gebweiler, Schmie, Zaisersweiher, Kirchenlamitz, Marktleuthen, Ruhpolding und Steinwiesen.

Wir halten es in diesem Artikel für überflüssig, die Laueheit, die die Verwaltungspersonen in den vorgenannten Zahlstellen zeigten, noch besonders zu kritisieren. Wenn von Breslau II und Magdeburg keine Abrechnungen eingingen, soll uns dann die Laueheit der Kollegen in Overbillingshausen noch etwa besonders reizen? Wenn wir innerhalb Jahresfrist 1108 Mitglieder verloren haben, so ist das sicherlich keine Kleinigkeit, aber wir müssen doch in kurzen Umrissen schildern, wie die Minuszahlen im Gesamtverbande zustande gekommen sind. Wir haben seit zwei Jahren in der Steinindustrie ohne Zweifel einen recht schleppenden Geschäftsgang, besonders in der Sandsteinbranche. Diese Tatsache möchten wir durch zwei Beispiele besonders hervorheben. Nämlich: in den letzten 1 1/2 Jahren hatten die Meister das Bedürfnis, uns in den meisten Fällen die Tarife zu kündigen. Schon dieser Vorgang zeigt, daß die Unternehmer den wirtschaftlichen Tiefstand für sich gut ausnützen wollten. Nur in einigen Fällen ist den Herren eine Reduzierung geglikt. Die Stärke unseres Verbandes wehrte, wenn auch mit schweren Opfern, die Gelüste der Unternehmer ab. Daß unsere Kollegen von ~~der~~ Arbeitslosigkeit besonders betroffen wurden, geht weiter daraus hervor, indem sich die Gesuche wegen Gewährung von Koststandsunterstützungen stark häuften. Auch diese Gesuche lassen einen gewissen Schluß zu, wie es mit der Konjunktur bestellt ist. Aber dennoch möchten wir die Mitgliederverluste nicht ganz auf die schlechte Konjunktur schieben, denn es ist in Erwähnung zu bringen, daß uns noch viele, viele tausende Indifferenter gegenüberstehen. Wenn sich in unserem Verbands das Tarifwesen nicht so gut entwickelt hätte, dann würde, nach unserer Meinung, der Mitgliederverlust noch größer gewesen sein. Ohne Einschränkung sagen wir, in den Zahlstellen ist der Tarifvertrag das beste Bindemittel, um die Mitglieder an den Verband zu fesseln. Wir unterschätzen die gute soziale Wirkung der Kranken- und eventuell der Arbeitslosenunterstützung nicht, aber die Macht des Verbandes kommt in erster Linie durch die abgeschlossenen Tarife zum Ausdruck.

Im 1. Gau (Berlin) ist der kleine Rückgang erklärlich, weil in Berlin selbst die Arbeitsgelegenheit recht schwankend ist. Darüber gibt ja am besten die Statistik dieser Zahlstelle Auskunft, welche an anderer Stelle der heutigen Nummer veröffentlicht ist. Im Gau selbst ist auf eine größere Mitgliederzunahme auch in Zukunft nicht zu rechnen. Was als organisationsfähig angesehen werden kann, ist so ziemlich ergänt.

Was die Abnahme im 2. Gau (Striegau) anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß beim heurigen Streik in Striegau Hunderte von Kollegen abgereißt, aber teilweise noch nicht zurückgeführt sind. Auch im Bunzlauer Sandsteingebiet waren nicht allzuviel Steinarbeiter beschäftigt. Die Zahlstelle Strahlen hat etwa 30 Mitglieder verloren; es scheinen dort verschiedene persönliche Differenzen die Veranlassung zu diesem Minus gegeben zu haben. Der 2. Gau ist einer der stabilsten. Die neugegründete Zahlstelle Jannowitz hat sich sehr gut entwickelt, sie zählt heute 103 Mitglieder. Bekanntlich hat in Jannowitz der Breslauer Steinmetzmeister Paesche einen größeren Granitsteinbruch eröffnet. Im Gau Striegau hat unser Verband eine äußerst feste Position aufzuweisen; mit der Zeit muß es auch in den anderen Gauen so weit kommen.

Im 3. Gau (Dresden) haben wir 129 Mitglieder gewonnen. Dieser Zuwachs ist ja sehr erfreulich, aber in einigen Orten haben wir doch Rückschläge erlitten. Wenn aber immerhin ein Plus zu verzeichnen ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Zahlstelle Pirna mit Umgebung zirka 200 Mitglieder neu gewonnen hat. Meist sind es Schrötter, die in unsere Reihen eingetreten sind. Das Steigen der Mitgliederzahlen im Elbsandsteingebiet ist deshalb besonders bemerkenswert, weil im dortigen Gebiet die Arbeitsgelegenheit recht daniederlag. Recht schwer und mit vielen Hindernissen hat unser Verband im Lausitzer Granitgebiet zu kämpfen. Besonders langsam vorwärts geht es in Königsbrück, Königshein und Demitz. In Häslich, Bischheim haben wir unter den 200 Steinarbeitern nur minimalen Anhang. Und wie schlecht sind dort die Löhne, und wie gut mundet den

Kollegen der Fusel. Sehr stabil mit den Mitgliederziffern sind die Zahlstellen Aue, Chemnitz, Dresden, Meißen I, Mittweida, und nicht zu vergessen Wechselburg. Die sächsische Granitindustrie war allerdings im letzten Jahre mit Aufträgen nicht gerade überhäuft, aber sie hat den Vorzug, daß sie die meisten Erzeugnisse direkt in Sachsen absetzen kann. Vom organisatorischen Standpunkt aus betrachtet, sind die Zahlstellen im 3. Gau, mit ein paar Ausnahmen, in tadelloser Verfassung.

Eine große Schlappe erlitten wir im 4. Gau (Leipzig). Wir haben in diesem kleinen Bezirk bis vor 1 1/2 Jahren die Mitgliederzahlen beständig steigern können. Aber dann kam die frivole Unterschlagung Noads, welcher in der Würzner Zahlstelle, die im 2. Quartal 1908 485 Mitglieder zählte, als Kassierer fungierte. Dieser Schurkenstreich kostete uns 274 Mitglieder. Unendliche Mühe hatte es gekostet, bis im Würzner Gebiet eine so stattliche Mitgliederzahl gewonnen werden konnte, aber die Unredlichkeit Noads hat die Kollegen um die Einheimigung des zu erwartenden Erfolges gebracht. Die Fahnenflucht wäre trotz dieses Vorfalles nicht so groß gewesen, wenn der geplante Tarif vorher zum Abschluß gekommen wäre. Die Zahlstellen Beucha und Grimma haben sich ganz gut entwickelt. Die Leipziger Marmorarbeiter aber möchten sich wieder mehr auf unsern Verband befestigen.

Der Verlust im 5. Gau (Erfurt) ist erklärlich. Steinbruchgebiete, in denen noch Mitglieder gewonnen werden könnten, sind nicht vorhanden. Besonders gut ist das Tarifwesen entwickelt. In Crawinkel, Ehringsdorf, Langensalza, Mülhausen und Oberdorle wird der bekannte thüringische Kalkstein verarbeitet. Da dieses Material in Berlin momentan nicht mehr stark beliebt wird, so sind in vorgenannten Orten selbstredend auch weniger Steinarbeiter beschäftigt gewesen.

Rapid abwärts ging es im 6. Gau (Hannover). Die Zahlstellen Hasserode und Darlingerode zählen heute 119 Mitglieder; im Vorjahre zählte Hasserode 390; wir haben also dort 271 Mitglieder verloren. Die Gründe zur Fahnenflucht sind davon zu suchen, daß den Harzer Kollegen im Herbst 1908 nicht weniger als 15 Proz. vom Lohn gekürzt wurden. Von einer Aktion mußte wegen der vorgekauften Zeit Abstand genommen werden. Als im Frühjahr die Sache wieder aufgenommen werden sollte, kam der gewaltige Kampf in Striegau. Daß wir in zwei so großen Gebieten nicht auf einmal den Streik proklamieren konnten, ist doch klar. Die harzer Kollegen argumentierten, uns sind 15 Proz. abgezogen, und wir müssen die Abwehr hinausschieben, die Striegauer hatten einen 5prozentigen Abzug zu erwarten, und ihnen wurde die Streikfunktion erteilt. Der Vorstand wurde ja in eine unangenehme Zwangslage versetzt. Die harzer Kollegen hätten beim Verbands bleiben müssen, dann hätten wir mit ihren Unternehmern schon eine derbe Abrechnung vorgenommen. Jetzt fangen wir mit der Agitation wieder von neuem an, und die Unternehmer lachen sich ins Fäustchen. Vor etwa einem Jahre trennten sich die Orte Ilseburg und Darlingerode von der Zahlstelle Hasserode ab. Sicherlich hat diese Trennung auch ihr gut Teil dazu beigetragen, daß überhaupt eine solche Mitgliederflucht eintreten konnte.

Der 7. Gau (Köln) zählt mit seinen 34 Zahlstellen 936 Mitglieder. Die inneren Verhältnisse der Zahlstellen haben sich zwar merklich gebessert, aber die Mitgliederzahl will nicht steigen, trotzdem im Gau große Steinbruchgebiete vorhanden sind. Die Christlichen haben allerdings in Rheinland und Westfalen ihren Hauptherd; sie bleiben dort eine rege Agitation. Die Zahlstellen Lüdenscheld, Marburg und München-Glabbach scheinen ganz eingegangen zu sein. Niedermendig und Baldwinstein wurden wieder errichtet, und Zinnheim ist neu gewonnen. Wenn in einem Gaubezirk die Lösung der Hilfsarbeiterfrage brennend genannt werden muß, so im Kölner.

Der 8. Gau (Mannheim), mit seinen ausgedehnten Steinbruchbezirken ist ein Schmerzenskind des Verbandes. In den letzten 3 1/2 Jahren stellte sich die Mitgliederzahl folgendermaßen:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1906	2233	3336	2654	2300
1907	2140	2278	1781	1533
1908	1441	1373	1417	1155
1909	1118	1339	—	—

Die größeren Städte und das Granitsteingebiet zählen zusammen etwa 3/4 der Mitglieder des Gaus. Daraus ergibt sich, wie beträchtlich die Verluste besonders in der Rheinpfalz sind. Als vor 2 1/2 Jahren die Konjunktur sank, ließen die biederen Meister ausposaunen, der Verband sei schuld, daß es keine Arbeit mehr gäbe. Unsrer Kollegen frohen auf diesen Leim und traten aus dem Verbands. Im Jahre 1907 zählte der Gau 60 Zahlstellen, und das ist etwas reichlich gewesen. Wenn heute in einigen Orten, wo Zahlstellen nicht mehr bestehen, der Ausbruch gebraucht wird, die alte Gauleitung sei an allem schuld, so ist das eine elende Verlegenheitsphrase. Zahlstellen, die eingegangen sind, haben immer Ausreden, warum der Austritt aus dem Verband erfolgen mußte. (!) Entweder hat die Gauleitung oder der Hauptvorstand daran die Hauptschuld. Dieses Gestrammel kann man in allen Gauen hören. Die Pfälzer dachten, weil nun

der Verband überhaupt einmal eingeseht hat, so müßten die Lohnzulagen gleich auf dem Präsentierteller kommen.

In den bestehenden Zahlstellen des Mannheimer Gaus ist das Tarifwesen nicht schlecht entwickelt. Wir zählen 20 Tarife, die 1356 Kollegen zugute kommen.

Die Entwicklung des 9. Gaus (Karlsruhe) ist eine normale zu nennen. Rückschläge sind im letzten Jahre nicht eingetreten. Die Abschließung des Bezirksarbeits im Maulbronner Gebiet hat sich sehr bewährt. Das früher berüchtigte Sulzfeld zählt heute 159 Mitglieder, das ist ein sehr netter Fortschritt. Die gegnerischen Organisationen kommen im 9. Bezirk weniger in Betracht. Die Stuttgarter Kollegen sind allerdings sehr schwer für unsre Bestrebungen zu gewinnen. In der schwäbischen Hauptstadt zählen wir 43 Getreue, im kleinen Ulm dagegen 46. — Die Agitation ist eine ziemlich schwierige, weil meist nur Zwergebetriebe in Frage kommen, die Großindustrie ist erst dürrig entwickelt. Die Granitbrüche im Schwarzwald liegen recht zerstreut, die Kollegen müssen oft stundenweit laufen, um ins Versammlungslokal gelangen zu können. Es ist da erklärlich, wenn die Versammlungen nicht immer zahlreich besucht sind.

Im 10. Gau (Regensburg) dominiert die Granitindustrie sehr stark. Von 2348 Mitgliedern sind nicht weniger wie 1983 in dieser Branche beschäftigt. Und es sind die Brecher, Pflasterer, Steinmetzen und Schleifer prozentual sehr stark vertreten. — Ein Mitgliederzuwachs trat leider nicht ein. Durch die vielen Tarifabschlüsse war ja die Gauleitung stark verhindert, in der Agitation Nennenswertes leisten zu können. Das Tarifwesen ist im Regensburger Gau sehr gut entwickelt, in 31 Zahlstellen sind Tarife abgeschlossen. In der Gegend von Ruhmannsfelden, Rimpnach, Zeilhof usw. muß im Frühjahr mit der Agitation begonnen werden, denn dort können wir noch auf einen schönen Zuwachs rechnen. — Die Zahlstellen Tröstau und Zell wurden neu gegründet.

Erfreulich ist die Mitgliederzunahme im 11. Gau (Würzburg). Gegründet wurden die Zahlstellen Kronach, Bürgstadt, Amerdingen, Dorpropolsten und Bedheim. Die Muschelkalkindustrie hat genügend Aufträge bisher zu erledigen gehabt, und da in diesem Bezirk ein Teil zugereister Kollegen in Frage kommt, so ist die Unterlage für eine stabile Organisation ohne weiteres gegeben. — Im roten Sandsteingebiet ist der Geschäftsgang immer noch flau, das Mandor der Christlichen ist mit schuld daran, wenn dort die Berufsverhältnisse noch sehr im argen liegen. Die Christlichen vegetieren mit ihrem Verbändchen im Maintal ohne jeglichen Einfluß dahin. Allerdings muß unsererseits deshalb immer noch Wachsamkeit geübt werden. — Bemerkenswert ist, daß im 11. Gau bereits zwei Zahlstellen der Basaltindustrie bestehen. Tarifverträge bestehen allerdings erst in den Zahlstellen Nördlingen und Nürnberg. Aber dafür ist natürlich die Gauleitung nicht verantwortlich zu machen. Die Gebrüder Vetter haben ja seit Jahren alles unternommen, um Tarifabschlüsse zum Scheitern zu bringen.

Wenn wir nicht so recht vorwärts kommen können, so liegt das zweifellos daran, daß wir der Organisation der Hilfsarbeiter in den Steinbrüchen und Werkstätten nicht das genügende Interesse zuwenden. Und diese Leute gehören unbedingt in unsere Reihen. Die Statistik vom Jahre 1907 ergibt, daß in den 12 Gauen (damals bestand der Gaubezirk München noch) 6760 Hilfsarbeiter beschäftigt waren; organisiert waren davon erst 1270. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir eine Reihe von großen Basaltwerken haben, in denen insgesamt etliche tausend Arbeiter beschäftigt sein dürften. Die Basaltarbeiter sind in der angezogenen Statistik aber nicht berücksichtigt. Die Löhne dieser Arbeiter sind so niedrig, daß für sie eine niedrigere Beitragsklasse geschaffen werden muß, wenn wir in den Basaltsteinbrüchen auf größere organisatorische Erfolge rechnen wollen. Und wir dürfen diese Tausende von Steinarbeitern nicht abseits stehen lassen, sonst laufen wir überhaupt Gefahr, daß andre Verbände kommen und wir dann das Nachsehen haben. Wir hatten in den Jahren 1905/06 große Mitgliederzahlen gewonnen, wir waren über diese Erfolge erfreut, aber dann trat ein Rückschlag ein, der uns zum gründlichen Nachdenken Veranlassung geben muß. Teilweise drangen die Fabrik- und Bauarbeiter in die Steinbruchsgebiete ein, die Christlichen wirkten ziemlich stark für ihre Organisationen und so wurde unser Vordringen naturnotwendig erschwert. Der niedrige Beitrag für die Hilfsarbeiter fehlt bei uns. Je mehr die konkurrierenden Organisationen auftreten, desto mehr sehen wir in der Hilfsarbeiterfrage unsere Schwäche. Ueber die Frage: „Warum brauchen wir die Hilfsarbeiter?“, werden wir uns in Bälde an dieser Stelle noch äußern. Denn solche Dinge schneidet man nicht erst kurz vor dem Verbandstage an.

Auf einen andern Punkt möchten wir aber heute schon hinweisen. Die Mitgliederzusammenstellung hat ergeben, daß die Granitarbeiter 44 Prozent des Gesamtverbandes ausmachen, aber bisher war diese Gruppe in den oberen Verwaltungsinstitutionen sehr minimal oder überhaupt nicht vertreten. Es ist aus rein praktischen Gründen schon notwendig, daß die Granitarbeiter im Verbandsauschuß und im Zentralvorstand einige Sitze erhalten. Dem Verbandsauschuß gehören an: 3 Sandstein- und 1 Marmorarbeiter; von den besoldeten Zentralvorstandsmitgliedern sind 3 aus der Sandstein-, 1 aus der Marmor- und 1 aus der Granitbranche hervorgegangen. Die fünf unbesoldeten Zentralvorstandsmitglieder gehören ganz und gar der Sandsteinbranche an; die sieben besoldeten Gauleiter sind ebenfalls der letztgenannten Branche entnommen. Wir vertreten ohne weiteres die Meinung, daß im Verbandsauschuß und auch im Zentralvorstand die Granitindustrie eine stärkere Vertretung in Zukunft erhalten sollte. — Das läßt sich auch leicht bewerkstelligen. Die Zahlstelle Weihen mit 157 Mitgliedern kann doch leicht zwei Kollegen für den Verbandsauschuß, der in Dresden seinen Sitz hat, stellen. Die Zahlstelle Beucha hat 260 Mitglieder, und da sind sicherlich zwei oder drei geeignete Kräfte vorhanden, die in ehrenamtlicher Weise als Mitglieder des Zentralvorstandes fungieren können. Wir begründen unsere Vorschläge nicht damit, daß in den genannten Verbandsinstanzen nach Branchen die einzelnen Fragen entschieden werden sollen, aber wir meinen, die Branchengegensätze, die leider noch nicht völlig ausgeglichen sind, können nur dann verwischt werden, wenn man den Granitarbeitern eine dementsprechende Vertretung zu-

sichert. Tagen zum Beispiel die Gauleiter, dann die Mitglieder des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses zusammen, so ergibt sich nach Branchen geordnet folgendes Bild: Sandsteinarbeiter 21, Granitarbeiter 2, Marmorarbeiter 2. Wenn in dieser Beziehung das Statut nicht geändert werden sollte, dann würde die Sandsteinbranche auch weiterhin über Gebühr in den schon genannten Instanzen vertreten sein. Die Sandsteinarbeiter werden Stichtag gegenüber dem Verlangen der Kollegen aus der Granitbranche kaum vorbringen können. Die vorgeführten Zahlen sprechen für sich, und wir haben das Vertrauen zum Verbandstage, daß die dementsprechenden Anträge, die zweifellos gestellt werden, auch Annahme finden. Würde das Verhältnis so sein, daß die Sandsteinarbeiter bloß 2, die Granitarbeiter aber 21 Funktionäre in die wichtigsten Verbandsinstanzen entsenden könnten, so würden sich sicherlich die ersten gegenüber einem solchen Vertretungssystem mit vollem Recht verwahren. Es ist uns nicht angenehm, diese Frage anschnitten zu müssen, aber die gedeihliche Entwicklung unseres Verbandes kann auch dadurch gefördert werden, wenn unserer Anregung Rechnung getragen wird.

## Kaiser und Papst im Bunde gegen die deutsche Arbeiterbewegung.

Das Pariser Journal des Débats, dessen römischer Korrespondent gute Beziehungen zum Vatikan unterhält, veröffentlicht in seiner Nummer vom 9. September einen Brief aus Rom über „die deutschen Katholiken und der Vatikan“, aus dem hervorgeht, daß zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung dauernd Verhandlungen stattfinden, um ein gemeinsames Vorgehen im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften Deutschlands und gegen die deutsche Sozialdemokratie zu vereinbaren. Als Sturmbomb gegen die moderne Arbeiterbewegung sollen von den verbündeten alten Mächten der kirchlichen und staatlichen Autorität die christlichen Gewerkschaften benützt werden. Den wichtigsten Teil des Briefes geben wir wieder. Nachdem der Streit um den konfessionellen Charakter des Zentrums geschildert worden, fährt der Verfasser fort:

Der Fortschritt der Sozialdemokratie und der ausgesprochen antireligiöse Charakter dieser Partei hatte allen Christen, den Katholiken wie den evangelischen, den Gedanken nahe gebracht, eine große interkonfessionelle Massenorganisation zu schaffen, deren Kräfte sich denen des furchtbaren sozialistischen Massenangebots entgegenstellen sollten. Es wurden in gemeinsamem Einverständnis, aber hauptsächlich auf Anregung der Katholiken, die christlichen Gewerkschaften gegründet. . . . Sehr interessante Verhandlungen wurden daraufhin in Rom geführt, wobei es sich darum handelte, eine endgültige Approbation der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Kardinal Ropp widmete sich diesem Werke mit ganz besonderem Eifer. Was nun die kaiserlich deutsche Regierung betrifft, so hatte diese ein großes Interesse daran, ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Unternehmen zu begünstigen, und sie ließ sich das auch in Deutschland sowohl wie beim Vatikan recht angelegen sein. Ich weite, daß Herr v. Mühlberg (Vertreter des Deutschen Reiches in Rom) in den beiden letzten Jahren seiner Mission den heiligen Vater und das päpstliche Staatssekretariat öfter über die Frage der christlichen Gewerkschaften unterhalten hat als über die polnischen Affären und den erzbischöflichen Stuhl von Posen. Der Vatikan, obgleich grundsätzlich allen interkonfessionellen (religiös-gemeinschaftlichen) Unternehmungen abgeneigt, ließ sich schließlich doch dazu bringen, einige Zugeständnisse zu machen. Auch Kardinal Fischer, der lange schwankte, wurde schließlich für die Sache der christlichen Gewerkschaften gewonnen und erhielt für Köln gewisse Begünstigungen. Man sagt, der Papst habe sich empfänglich gezeigt für das Argument (Beweisgrund), durch das ihm die Anhänger der christlichen Gewerkschaften die Notwendigkeit der Vereinigung aller christlichen Arbeiter zu beweisen suchten. Dies sei, so sagte man ihm, das einzige Mittel, die Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen, und andererseits bilden die in den Gewerkschaften vorhandenen protestantischen Elemente der Staatsgewalt gegenüber eine Schutztruppe und böten Gewähr für staatliche Förderung. Am Ende ließen sie wohl auch durchblicken, daß die katholischen Gewerkschaftsmitglieder durch ihre soziale Tätigkeit Gelegenheit finden würden, in ihrer (protestantischen) Umgebung ein gewisses religiöses Bekehrungswort zu vollbringen.

Ich werde in einem folgenden Briefe die Bedingungen und Richtlinien dieses politischen Bündnisses zwischen deutschen Katholiken und Protestanten untersuchen, das, ohne daß man sich selbst dessen klar bewußt wurde, durch ein ökonomisches und sozialpolitisches Bündnis vorbereitet wurde.

Der Verfasser dieses römischen Briefes hat seiner Parteilichkeit nach viel eher dem Kaiser, dem Papst, dem Zentrum und den christlichen Vereinigungen einen Gefallen erweisen wollen als der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Er hat sich aber wohl von der Wirkung seiner Offenherzigkeit keine richtige Vorstellung gemacht.

Die christlichen Gewerkschaften werden uns da vorgeführt als gemeinsame papstkirchliche Schutztruppe gegen die moderne Arbeiterbewegung. Sie spielen in dem ganzen Handel keine beneidenswerte Rolle, man betrachtet sie bloß als ein geheiligtes Mittel zu ihrem Zweck, und dieser Zweck ist beileibe nicht die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter, sondern die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Arbeiter gegen Arbeiter aufzuwiegen, das ist der Zweck der in Köln, Berlin und Breslau angeponnenen und in Rom vorgeschponnenen Ränke.

Was sagen unsere nationalen Herrschaften dazu, daß die deutsche Regierung über die Berge geht, um mit „Italienern“ gegen zwei Millionen deutsche Gewerkschaftler und drei Millionen deutsche Wähler ein Schutz- und Trugbündnis abzuschließen?

Was erblicken wir da? Rom und Berlin, kaiserliche Regierung und Papst im Bunde gegen die deutsche Arbeiterbewegung und die christlichen Gewerkschaften, bewußt oder unbewußt, als Soldner dieser mittelalterlich anmutenden Sturmkolonne.

## Der „christliche — Sieg“ in Solnhofen.

Wenn unsererseits ein Kampf verloren wurde, so war es bei uns bisher Regel, auch dieses zuzugeben und aus diesem Kampfe ebenso Lehren zu ziehen, als aus einem siegreichen. Im wirtschaftlichen Kampfe ist es eben wie in einem andern, es muß immer, wo ein Sieger ist, auch ein Besiegter sein. Anders ist dieses bei den Christlichen. Diese haben nie einen verlorenen Kampf, nur — Erfolge. Bei denen ist auch das ein Erfolg, wenn dem Unternehmer die Kosten für Streikbrecher ersetzt werden müssen. So bringen es nun die christlichen Strategen fertig, das Resultat des Kampfes in Solnhofen als — Erfolg „hinzumalen“. Besonders tut sich die „Gewerkschaftsstimme“ dabei groß. Bevor wir auf das Geschreibsel des zentriemlerischen Organs eingehen, sei wiederholt betont, daß wir die Niederlage der Arbeiter in Solnhofen tief bedauern!

Fest steht, daß der vom Industriellenverband vorgelegte, stark reduzierte Tarif mit ganz geringen Änderungen angenommen wurde. Auf das Ehrenwort der Industriellen geben wir nicht viel, denn wie diese Ehrenwörter eingehalten werden, wissen wir. Trotzdem die Arbeiterorganisation anerkannt

wurde, wurde selbst vom Vorsitzenden des Unternehmerverbandes gelegentlich einer Einstellung erklärt, daß Vorfrage getroffen sei, um die Forderungen zu lassen. Im übrigen fußt der ganze „Sieg“ ja nur auf Erklärungen der Industriellen, wenn man sich an die „Gewerkschaftsstimme“ hält. Es müßte einem doch sehr komisch an, wenn nun von schwarzer Seite der Industriellentarif so harmlos, ja für die Arbeiter so günstig hingestellt wird, und vordem schlug man die liebhaftigsten Moritaten damit. Wenn nun auf einmal die Schwarzen wissen, daß die Konjunktur so schlecht ist, um Reduzierungen zu entschuldigen, warum hat man denn das vorher nicht gewußt? Vor zwei Jahren war die Konjunktur die denkbar beste, und was haben da die Christen erreicht? Einen Tarif, welcher nur minimale Verbesserungen enthielt. Der schwarze Schmierfink macht nun wiederholt den Versuch, unser Verhalten in Solnhofen als unkorrekt zu bezeichnen. Wir erklären ihm nochmal, daß er mit seinem Geschreibsel nur die Öffentlichkeit täuschen will.

Die „Gewerkschaftsstimme“ empfindet es auch sehr unangenehm, daß wir ihre Kassenverhältnisse kritisiert haben. Das ist nicht unsere Schuld, sondern der Schildhalter des Dzwald, Herr Wolf, hat dieses in der Öffentlichkeit „ausgeschwiegen“ und übrigens wurde ja schon im schwarzen Verbandsorgan der Bettelsack geschwungen, bevor nur ein Pfennig Unterstützung ausbezahlt war. Glauben denn die Herren, die Unternehmer sind wirklich so dumm, als wie die Hintermänner der „Gewerkschaftsstimme“? Wiederholt bringt der christliche Schwindler den Fahrer „Terrorismus“ zum Beweis, daß man es mit einem Verleumder schlimmster Sorte zu tun hat! Wir hätten auf die Christlichen eingewirkt, um sie zum Streikbruch zu bewegen, meint der christliche Lügner. Nein, die Lithographiearbeiter sind an ihren Führern verzweifelt! In Solnhofen sollen wir uns befragen. Das haben wir getan! Hier die Antwort: Eine Stimmung, wie man sie selten nach einem Lohnkampf antrifft. Befragen Sie sich nur einmal, phantastischer Scribifax, die Antwort werden Sie dann schon erhalten. Die Leute sind mehr denn empört über ihre „Führer“, und zwar mit Recht! Wie ist denn z. B. die Stimmung gegen den Augsburger „Helden“ Bauer? Wir werden in dieser Sache ja noch einige Episoden festhalten. Mitleid gewinnt uns der schwarze Journalist ab, wenn er schreibt, daß unsre Zahlen über die Nichteingestellten nicht stimmen. Die „Gewerkschaftsstimme“ gibt aber doch selber zu, daß 300 Arbeiter keine Einstellung erlangen konnten. Die Herren meinen, es bekäme jener, der die Solnhofener Angelegenheit bespricht, ein blaues Auge. Nur abwarten! Vielleicht sind die Herren froh, wenn sie mit dem blauen Auge davon kommen. Es gehört eine große Portion Frechheit dazu, aus dem Solnhofener Kampf einen Sieg in die Welt hinauszuposannen. Die Christlichen verstehen eben zu flunkern.

## Internationales.

### Differenzen im Ungarländischen Bauarbeiterverband.

Bis noch vor kurzem gehörten wir, ungarländischen Glaser, Steinsetzer und Zementarbeiter, dem Zentralverbande der ungarländischen Bauarbeiter an. Es entstanden aber zwischen uns und dem Verbands tiefgehende Gegensätze, die unsre Ausschließung zur Folge hatten. Damit war der entstandene Konflikt nicht nur nicht beendet, sondern er nahm noch viel schärfere Formen an. Die Verbandsleitung hatte nämlich beschlossen, unser Vermögen, das bei ihr deponiert war, nicht auszulösen. Mit dieser Angelegenheit befaßte sich auch die hiesige Generalkommission und faßte einen Beschluß, in dem anerkannt wird, daß wir im Rechte seien, dennoch sollten wir auf unsre Forderungen verzichten; ja, die Zementarbeiter sollen sogar wieder zurück in den Verband. Würden wir diesen Beschluß nicht akzeptieren, werden wir aus den Reihen jener Gewerkschaften gestrichen, die der Generalkommission angehören, und man wird uns wie die Christlichen behandeln. Der ständige Ausschuß der Budapester Gewerkschaften, dem der Beschluß zur Begutachtung vorgelegt wurde, hat ihn — ohne uns eine richtige Ansprache zu gewähren — akzeptiert. Da wir die Vorgangsweise der Generalkommission bei der Abfassung ihres Beschlusses nicht billigen und die Kompetenz des ständigen Ausschusses, solche Urteile zu fällen, nicht anerkennen, so können wir uns diesem Beschlusse nicht unterwerfen. Wir können auf unsre Forderungen dem Verbands gegenüber nicht verzichten.

Die deutsche Arbeiterbewegung war die Lehrmeisterin der ungarischen Arbeiterschaft. Hier ist stets nach deutschem Muster gearbeitet worden. Es geschah dies aus mehreren Gründen. Die Hauptursache dürfte die folgende sein: Ungarn ist ein zurückgebliebenes agrarisches Land. Die Entwicklung setzte hier erst gegen Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein. Bald darauf begann sich die Arbeiterbewegung zu entfalten. Zu jener Zeit hatte aber die deutsche Arbeiterschaft die Führung in der internationalen Arbeiterbewegung. Selbst in jenen Ländern, wo die Arbeiterbewegung ihre Traditionen hatte, versuchte man damals nach deutschem Muster zu arbeiten. Um wieviel mehr mußte dies dort der Fall sein, wo sich die Arbeiterbewegung auf keine eigenen Traditionen stützen konnte. Wenn man bei uns was anfangen wollte, sah man sich zuerst in Deutschland um, wie es dort gemacht wurde.

Außerdem waren aber noch andre Ursachen vorhanden, die dem deutschen Einfluß zu einer dominierenden Rolle verhelfen. So mußte die sich einnistende Industrie geschulte Arbeitskräfte beziehen. Diese kamen zumeist aus Deutschland, und sie brachten nicht nur technische Fertigkeiten mit, sondern auch revolutionäre Ideen. Deutsche Arbeiter waren es, die bei uns eine ganze Anzahl Fachorganisationen gegründet haben. Andererseits begaben sich, zu der Zeit, als die Arbeiterschaft bei uns sozialistisch zu denken begann, viele Arbeiter nach Deutschland, nach dem „sozialistischen Mecca“, und als sie dann mit den gewonnenen Eindrücken zurückkehrten, waren sie bestrebt, das Gelernte in die Wirklichkeit umzusetzen. Unsere besten Organisatoren sind sozusagen in Deutschland in die Schule gegangen. Als dann in Ungarn schon eine Arbeiterbewegung geschaffen war, wurde sie von Deutschland aus sehr gefördert. Die große Hilfsbereitschaft der deutschen Arbeiter war selbstverständlich von tiefer Wirkung auf unsre Bewegung. Alles in allem: wir haben von Deutschland sehr viel gelernt.

Eine der besten Einrichtungen, die wir von der deutschen Arbeiterschaft übernommen haben, ist die stramme gewerkschaftliche Zentralisation. Diese hat zu dem raschen, ja fast ungläublichen Aufschwung der ungarischen Gewerkschaften in den letzten Jahren das meiste beigetragen. Man versuchte alle möglichen Branchen, die nur in irgendeiner Beziehung zueinander gebracht werden konnten, in einer Organisation zusammenzuführen. So gehören z. B. dem hiesigen Holzarbeiterverband außer den Schreibern, den Drechslern, den Korbflechtern und Birkenmachern usw. auch die Böttcher, die Tapezierer, die Theaterarbeiter an, sogar die Ausschreiber in den Schaubuden. Dem Bauarbeiterverband gehören an: Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Stukkateure, Töpfer, Steinarbeiter, Dachdecker, Steinsetzer, Zementarbeiter und Glaser. (Wir sind der Meinung, daß vorstehende Bauberufe ohne weiteres in Ungarn in einem Verbands zusammengefaßt sein könnten. Es erschallt doch überall der Ruf: Gründet Industrierverbände! Redaktion des „Deutschen Steinarbeiters“.)

Man sieht also, daß hier eine bunte Zusammenwürfelung stattgefunden hat. Ob sich nun eine derartige Zentralisation behaupten würde, das mußte erst die Zukunft lehren. Jedenfalls: wollte man Reibereien zwischen den einzelnen Fachgruppen verhüten, so mußte man den Interessen der einzelnen Branchen weitgehendste Rechnung tragen. Inwiefern ist dies nun geschehen?

Wir wollen die ungarischen Zentralverbände diesbezüglich nicht einzeln prüfen. (Uebrigens sind uns größere Konflikte

Innerhalb der einzelnen Verbände, mit Ausnahme des Bauarbeiterverbandes, nicht bekannt.) Wir wollen uns hier nur mit dem Bauarbeiterverband beschäftigen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeitslosenunterstützung zu den erfolgreichsten Mitteln gehört, die Arbeiter an ihre Organisation zu fesseln. Es sind auch sämtliche Branchen befreit, diese Art Unterstützung einzuführen. Bei den Maurern läßt sich aber diese schwer verwirklichen. Darum wollten, als die Lokalgewerkschaft der Maurer sich zum Bauarbeiterverband erweiterte, einzelne Fachgruppen die Verschmelzung nicht mitmachen. Die Verbandsleitung versprach aber, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde. Der § 9 des Verbandsstatuts schreibt denn auch klipp und klar vor, daß ein jeder Angehörige des Verbandes Anspruch auf diese Unterstützung habe. Nur müßte erst ein Arbeitslosenfonds geschaffen werden. Die Verschmelzung kam zustande und einzelne Fachgruppen haben 50 Prozent ihrer Beiträge für den Arbeitslosenfonds entrichtet.

Zwischen den Zementarbeitern, Glazern, Steinseglern usw. und dem Verbandsvorstand, der fast ausschließlich aus Maurern bestand, kamen im Laufe der Jahre kleinere Reibereien vor, die hauptsächlich um die Unterstützungsfrage entstanden sind. Nur machte man nicht viel Wesens daraus. Die erste Zeit des Verbandes ging nämlich in erfolgreichen Kämpfen auf. Die Löhne gingen sprunghaft in die Höhe, eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde auf der ganzen Linie erreicht. Diese Erfolge genügten an sich, dem Verbands neue Streiter zuzuführen und die vorhandenen Mitglieder an den Verband zu fesseln. Die Unterstützungsfrage hatte unter solchen Umständen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Bald sollte sich aber das Blatt wenden; es setzte die Reaktion ein. Die Regierung inszenierte eine Hege auf die Gewerkschaften und half außerdem Arbeitgeberorganisationen ins Leben rufen, die alsbald sehr erstarften. Dem weiteren Vordringen der Bewegung stemmten sich große Hindernisse entgegen. Die Folge von alledem war, daß der Verband in kürzester Zeit einen rasigen Rückgang zu verzeichnen hatte. In den Reihen der Fachgruppen, die sich dem Verbands angegeschlossen haben, wurde nun immer lauter das Verlangen, daß endlich mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung begonnen werde. Dieser Wunsch schien um so berechtigter zu sein, da schon nahezu eine halbe Million Kronen zu diesem Zwecke einbezahlt waren. Da geschah plötzlich das Unerwartete: Die Verbandsleitung, die bisher stets die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung verkündete, richtete dem Verbandsrat, der im März 1908 stattfand, einen Antrag ein, wonach auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für alle Zeiten verzichtet und der angesammelte Fonds zum Bau eines Mietshauses verwendet werden soll. Aus dem Uberschuß, den das Haus abwerfen würde, sollen invalide Mitglieder des Verbandes unterstützt werden. Trotz mehrfacher Proteste der einzelnen Fachgruppen ließ er den Antrag auf der Generalversammlung, deren Teilnehmer zu neun Zehnteln aus Maurern bestanden, durch-

gehen. Wie zu erwarten war, erregte der Beschluß des Verbandstages unter den Mitgliedern der einzelnen Fachgruppen eine unbeschreibliche Erbitterung. Sie hatten um Jahre hindurch Beiträge entrichtet und nun soll das Geld zu andern Zwecken verwendet werden. Es griff allgemein die Ansicht um sich, daß man im Verbandsrat die Angelegenheit nicht länger verbleiben lassen sollte, sondern die Mitglieder des Vorstandes, um eine Spaltung zu verhindern? Einzelne von ihnen arbeiteten mit Umgehung des Vorstandes ein Geschäftsführungsregulativ aus, wonach jene Fachgruppen, die aus dem Verbands ausgeschieden sollten, ihres Vermögens verlustig würden. Da aber ein solches Regulativ nur der Verbandsrat ausgeben kann, so ließen sie auf das Titelblatt des Regulativs hinsehen: Angenommen von der Delegierten-Generalversammlung 1908. Dieses merkwürdige Vorgehen war Del ins Feuer. Von einem weiteren Verbleiben im Verbandsrat konnte nicht mehr die Rede sein. Es erfolgte denn auch alsbald die Ausscheidung der einzelnen Fachgruppen. Die gerechtfertigte unsere Ausscheidung war, beweist die Tatsache, daß die hiesige Generalkommission der Gewerkschaften, die doch für die strengste Zentralisation ist, unsern Ansuchen an sie ohne weiteres zur Kenntnis nahm. Ja, sie tabelte sogar öffentlich das Verhalten des Bauarbeiterverbandes, indem ihr offizielles Organ (Nr. 7-9), als es unseres Ausscheidens aus dem Verbands Erwähnung tat, folgendes schrieb: „Ob nun die Ausscheidung begründet oder gar gerechtfertigt war, damit wollen wir uns bei dieser Gelegenheit nicht befassen. Soviel muß aber als Tatsache festgestellt werden, daß entweder in den Statuten oder in der Administration des Bauarbeiterverbandes Fehler vorhanden sein müssen.“

Mit der Ausscheidung waren unsere Differenzen mit dem Verbandsrat nicht erledigt. Im Gegenteil: erst jetzt verschärfte sie sich ungemein. Die Zentralleitung bestand nämlich darauf, daß jene Punkte des von einzelnen Vorstandsmitgliedern zusammengefügten Regulativs, die sich auf die Konfiskation des Vermögens der ausgeschiedenen Fachgruppen beziehen, uns gegenüber angewandt werden. Sie behielten nicht nur unsern Anteil an dem Arbeitslosenfonds zurück, sondern auch unsern Streifen, der den Verband — laut Beschlüssen der zuständigen Instanzen — nicht im geringsten angeht und nur zur Aufbewahrung bei ihm deponiert wurde. Wir erhoben gegen dieses Vorgehen in unsern Verbandsorganen scharfen Protest, wir taten dies jedoch nicht in verlegendem Tone. Was erhielten wir aber zur Antwort? Wir wurden im Fachorgan des Verbandes als „unreife Jungens mit flebrigen Händen“ bezeichnet.

Wir wandten uns an die Generalkommission: sie möge sich für uns verwenden. Sie nahm die Sache in die Hand. Wir mußten unsere Beschwerden zu Protokoll geben. Der Bauarbeiterverband erteilte keine Antwort der Generalkommission ebenfalls. Nun ereignete sich aber etwas, was das weitere Vorgehen der Generalkommission völlig wertlos machte. Nämlich: ohne unsere Bemerkungen auf die Antwort des Verbandsvorstandes anzuhören — ja, die Antwort wurde uns gar nicht gezeigt —, faßte sie einen endgültigen Beschluß. Und wie lautet nun dieser? Es wird zuerst betont, daß der Verbandsvorstand schwere Fehler gemacht habe. Es wird wörtlich gesagt: Ein großer Fehler ist es, daß die Statuten des Verbandes Arbeitslosenunterstützung garantieren und die Zentralleitung in den Anfangsjahren mit der Devise der Arbeitslosenunterstützung agitiert hat. Unter dieser Devise hat sie einen Arbeitslosenfonds geschaffen, ihn aber nicht seiner Bestimmung entsprechend, sondern zum Hausbau verwendet. Was folgt daraus? Erhalten wir unsern Teil an dem Fonds zurück? Nein! — lautet der Beschluß. Wir sollen nur unsern Kampffonds zurückhalten. Die Zementarbeiter sollen überhaupt nichts erhalten, sondern müssen noch in den Verband zurück. Es wird angeführt, daß diese Entscheidung darum so getroffen werden mußte, weil man keinen Präzedenzfall in bezug auf Rückzahlung der eingezahlten Gelder schaffen wollte. Dadurch können eventuell Zerplitterungsbestrebungen begünstigt werden.

Muß schon das Zustandekommen dieses Beschlusses als ein großer Fehler bezeichnet werden — wir wurden verurteilt, ohne recht angehört zu werden —, so hat die Generalkommission uns ein weiteres Unrecht noch dadurch zugefügt, daß sie ihren Beschluß dem ständigen Ausschuß der Budapester Gewerkschaften zur Begutachtung vorlegte und ihm den Vorschlag machte, uns nur fünf Minuten Redezeit zu gewähren. Natürlich waren wir da außerstande, auf die Eingabe des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes, deren Verlesen eine Stunde in Anspruch nahm, in so kurzer Zeit zu antworten. Der Ausschuß hat denn auch gegen wenige Stimmen — den Beschluß akzeptiert. Nun sollten wir uns dem unterwerfen, sonst würde man uns wie Feinde behandeln.

Eine öffentliche Mitgliederversammlung der drei unterfertigten Fachgruppen, die am 2. d. M. stattfand, befaßte sich mit

diesem Beschluß. Nach einer erregten Debatte wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, sich dem Beschlusse nicht zu fügen und die Forderungen nach wie vor aufrecht zu erhalten. Kollegen! Wir haben euch den Sachverhalt in gedrängter (!) Form dargestellt. Wird nun die Generalkommission ihre Drohung einlösen? Werden wir von ihr und von den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft von nun an wie Feinde behandelt werden? Verdient haben wir es nicht. Ein jeder Unbefangene, der sich die Mühe nimmt, mit unserer Angelegenheit vertraut zu werden, muß anerkennen, daß wir im Rechte sind. Wir wenden uns an euch, um eine Aufklärung zu geben, warum eure ungarischen Kollegen von nun an wie Feinde behandelt werden sollen. Wir glauben bestimmt, daß ihr, nach Durchlesung dieses Aufrufs, uns nach wie vor als Kollegen behandeln werdet.

„Utépitómunkás“, szerkesztősége és kladóhivatala, Budapest. Redaktion und Administration „Strassenbauarbeiter“ Stefan Laib, Redakteur.

„Cementmunkás“, szerkesztősége és kladóhivatala, Budapest. Johann Hirozik, Redakteur.

Magyarországi Uvegvesmankások, Országos Szövetsége, Központ Ungarland. Glasarbeiter-Verband, Zentrale. Joseph, Sekretär.

Aus Gründen der internationalen Kollegialität haben wir die umfangreiche Zuschrift veröffentlicht. Wir wollen uns in die ungarländischen Gewerkschaftsstreitigkeiten nicht mischen, aber ausgesprochen sei, daß wir es nicht verstehen, wie sich die kleinen Bauberufe so ohne weiteres vom großen Zentralverband lösen. Die Forderungen bringen ihre Beziehungen zur Generalkommission in Wien ab, in Budapest entsteht ein Bruderkampf wegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Ob das bloß ein Vorwand war, um die Abplitterung herbeizuführen zu können, vermögen wir momentan nicht festzustellen. Ausdrücklich erklären wir, daß uns das Vorgehen der Artikelunterzeichner recht sonderbar vorkommt. Nur überall Zerplitterungsarbeit betreiben!

Redaktion.

## Die Schnaps-Junker

sind die eigentlichen Väter der neuen Ausplünderung des Volkes, sie sind auch ihre Kugnießer. Der Kampf gegen die Steuergesetze ist vorbei, der Kampf gegen die Steuern muß beginnen. Die Junker bieten uns die beste Angriffsfläche durch die

## Schnaps-Steuer.

Der Schnaps wird mit 80 000 000 Mark neuen Steuern belastet; daneben sollen den junkerlichen Schnapsbrennern noch 45 000 000 Mark als sogenannte Schnapsbrennersteuer von 400 000 000 Mark Liebesgabe in den Kaufschnabel. Diese Summen kommen aus den Taschen der Schnapskonsumenten, das sind größtenteils leider die Arbeiter. Sie können jetzt den übermütigen Junkern und der ihnen untertänigen Regierung einen schmerzenden Stieb versetzen, indem sie

## keinen Schnaps trinken.

Kollegen! Stellt den Schnapsgenuss ein. Zertrümmert eure Schnapsflaschen. Wir wollen euch nicht überreden, Abstinenz zu werden, aber wir fordern euch auf zu einem stillen und doch wirksamen Kampfe gegen die Schöpfer und Kugnießer der neuesten Belastung des werktätigen Volkes. Mögen sich die Selben, die Streikbrecher, möge sich alles Lumpengefindel toll und voll laufen, sie sind die rechten Stützen der heutigen Machthaber; die denkenden und kämpfenden Arbeiter haben jetzt die Pflicht

## keinen Schnaps zu trinken!

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In letzter Zeit kommen sehr häufig Anfragen an den Verbandsvorstand, die ohne weiteres von den Ortsverwaltungen erledigt werden können. Zur Information und Orientierung über alle das Verbandsleben betreffenden Angelegenheiten ist doch ein Leitfaden vorhanden, der in fast allen, die Organisation betreffenden Fragen Auskunft gibt. Die Ortsverwaltungen mögen deshalb dem Leitfaden, wenn er seinen Zweck erfüllen soll, mehr Beachtung schenken!

Die Kollegen, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihre Bücher an den Zentralvorstand einzusenden. Die Bücher müssen bis zum Tage des Dienstbeginns mit Marken quittiert sein. Wer am 5. Oktober einrückt, hat die 40. Woche zu fleben.

## Korrespondenzen.

Baumholder. Wie ein Fürst möchte allem Anschein nach der Herr Betriebsleiter Dr. Burger bei der Firma P. Burger, Granit- und Diabaswerke in Baumholder, herrschen. Schon mehrmals mußten wir die Zustände dieses Betriebes der Öffentlichkeit mitteilen. Versprechen wurden wohl gegeben, aber versprochen und halten ist eben zweierlei. Nicht selten kommt es vor, daß derjenige, der sich über Mißstände beschwert, in der unhöflichsten Weise angefahren wird. Offenbar glaubt der Betriebsleiter, er könne sich den Arbeitern gegenüber jetzt in einer etwas faulen Zeit ein derartiges Benehmen erlauben. Vor einigen Jahren, als Herr Burger diesen Betrieb eröffnete, ging es soweit gut. Jetzt aber, nachdem sich mehrere Kollegen mit ihren Familien dort ansässig gemacht haben, sind Differenzen keine Seltenheit mehr. Die Arbeiter haben noch eine vierwöchentliche Lohnzahlung. Ist eine derartige Einrichtung unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen an und für sich zu verwerfen, so aber erst recht, wenn die Arbeiter öfter auch noch eine Woche und darüber hinaus auf ihren Arbeitslohn warten müssen. Aber der sonst auf peinlichste Ordnung besorgte Herr macht sich auch keine weiteren Bedenken darüber, verschiedene Tarifpositionen überhaupt gleich außer Kurs zu setzen. Ruß ein Arbeiter längere Zeit auf ein Akkordstück warten, so wird ihm sein Durchschnittslohn für die Dauer der Wartezeit bezahlt. Beschwert sich jemand bei ihm wegen dieser Tarifverlegung, so wird brüskl geantwortet: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“ Gestohlene Flächen (Schleifrechte), für die im Tarif pro Quadratmeter 16 Mark festgesetzt sind, werden nur mit 12 Mark pro Quadratmeter zu berechnen gesucht. Bei Werkstätten mit Dollenhöfen, an denen der betr. Arbeiter ohnehin wenig verdient, wird ihm auch noch das Schlagen dieser Böcher entzogen. Und so bestehen noch eine Anzahl von Mißständen

bezüglich der Auslegung des Tarifs. Die Firma mag sich deshalb nicht mündern, wenn ein großer Teil ihrer Arbeiter, sobald sie ihnen anderwärts ein Unterkommen bietet, die unangenehme Stätte ihres Betriebes verläßt. Die Hartfeinarbeiter werden sicherlich keine Lust verspüren, nach Baumholder zu wandern, um dort ihre Arbeitskraft an den Mann zu bringen.

Flossenburg. Mit dem 1. Oktober ist es ein Jahr, daß hier eine Zahlstelle gegründet wurde. Auf ein Stück geleistete Arbeit kann die Verwaltung zurückblicken, waren doch bei Gründung der Zahlstelle nur 12 Mann von den Steinmetzen in Flossenburg organisiert, so ist es doch im Laufe des heurigen Sommers gelungen, den Verband bis auf 51 Mitglieder zu heben. Es besteht somit die feste Hoffnung auf eine stramme Erhaltung unserer Zahlstelle. Am 21. September hielt hier Kollege Mittenmeier ein vortreffliches Referat, besonders lobte er die musterhafte Kassenführung.

Görlitz. Am 11. September fand hier unsere Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Ostheimer einen Vortrag hielt über: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an“. Redner schilderte in treffenden Worten die Verhältnisse, die sich äußerlich ausprägen auf Grund des persönlichen Regiments und des jetzigen Regierungssystems. Hierauf sprach er über den Ausbau der Gewerbeordnungs-Novelle. Redner streifte kurz die Verfassung und sagte, daß die sozialdemokratische Fraktion so lange daran rütteln werde, bis auch der Reichstag mehr Rechte hat! Redner schloß mit dem Wunsche, für die Organisation weiter kräftig zu agitieren.

Hiltrup. Am 14. September legten in der hiesigen Kunststeinsfabrik 23 Kollegen wegen Nichterhaltens der Bundesratsverordnung die Arbeit nieder. Vor mehreren Wochen wurden die Kollegen bei der Betriebsleitung vorstellig zwecks Errichtung von Arbeits- und Frühstücksräumen. Daraufhin wurde uns erwidert, daß dem nicht stattgegeben werden kann, weil die Firma im nächsten Jahre größere Umbauten vornehmen werde und dann alles ordnungsgemäß eingerichtet würde. Nachdem wir den Vorschlag machten, daß die Kollegen bis nächsten Frühjahr mit einer provisorischen Frühstücksbude sich begnügen würden, versprach der Betriebsleiter, dieselbe einrichten zu lassen; ebenfalls wurde uns ein bestimmter Raum angewiesen, wo hauptsächlich die Fassadenarbeit ausgeführt werden kann. Aber dessen konnten sich die Kollegen nur so lange erfreuen, bis die Revision des Gewerbeinspektors vorüber war. Es vergingen vier Wochen, und die Kollegen warteten immer noch auf die Einrichtung des versprochenen Frühstücksraumes. Darauf wendeten wir uns an den Direktor; derselbe versprach uns, daß sofort Abhilfe geschaffen werden soll. Aber am 14. September erhielten vier Kollegen Feierabend. Daraufhin wurde eine Kommission vorstellig, diese verlangte die Einstellung der vier Kollegen, was rundweg abgelehnt wurde. Die Arbeit wurde inzwischen eingestellt und Kollege Herrmann telegraphisch gerufen. Am 16. September, abends 8 Uhr, fand eine Versammlung im Lokale der Witwe Scheller statt, wobei der ganze Sachverhalt nochmals genau erläutert wurde. Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich mit dem Vorgehen der Kollegen einverstanden. Am 17. September fanden dann Verhandlungen statt. Das Ergebnis war folgendes: Von den vier entlassenen Kollegen will die Firma nur einen einstellen. Betreffs des Frühstücksraumes hatte es sich schon erledigt, da derselbe inzwischen in Angriff genommen war. Hiermit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Alsdann begab sich die Kommission ins Versammlungslokal und erstattete Bericht. In geheimer Abstimmung wurde dann beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Hierlohn. In der Nr. 38 regt sich Kollege Dofsch über den Einstellungsmodus im Bunzlauer Sandsteingebiet auf. Aber Ordnung muß doch sein, denn sonst hätten es ja die Poliere in der Hand, nach Belieben einzustellen. Also, wenn der Reihe nach eingestellt wird, so halte ich das völlig angebracht. Das Mißgeschick, das Dofsch erlitt, mag bedauerlich genannt werden, aber deshalb kann man doch unmöglich geben, daß der ganze schlechteste Bezirk schlecht gemacht wird. Wenn nur erst die Landesleute des Kollegen Dofsch im Raingebiete solche Tarifverhältnisse schaffen würden, wie es in Bunzlau der Fall ist. Ja, diese Leute kommen zumeist aus dem Raingebiet nach den schlechtesten Steinbrüchen, es kommen ihnen die höheren Löhne und die achtstündige Arbeitszeit zugute, aber wenn sie wieder in ihre Heimat kommen, wollen sie vom Verbands nichts wissen.

Dskar Wirtk.

Mittweida. Daß die Steinarbeiter von Mittweida den Hungerriemen etwas enger schnallen müssen, ergibt die diesjährige abgelassene Statistik. Ist doch der Durchschnittsverdienst um netto 93 Mark zurückgegangen. Was der Ausfall an Lohn bei der jetzigen Steuerpolitik des Reiches bedeutet, wird wohl jedem Kollegen einleuchtend sein. Weiter ist noch zu erwähnen, daß hiesige am Ort wohnende Kollegen (Familienväter), welche durch Stilllegung eines Betriebes arbeitslos geworden sind, in den hiesigen Betrieben keine Arbeit erhalten, während zugereiste Kollegen mit Vorliebe Arbeit erhalten. Wir meinen, von Menschlichkeitsgefühlen ist ein derartiges Gebahren nicht geleitet. Es wäre doch am Platze, daß zugereiste Kollegen, ehe sie nach Arbeit nachfragen, sich an die Ortsverwaltung wenden.

Münster. Hier fand am 22. September eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Hermann-Köln referierte. Seine logischen Darlegungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dann nahm der Vorsitzende des christlichen Keramikerverbandes das Wort. Er redete das ungereimteste Zeug daher, unsere Kollegen hätten beinahe Lachkrämpfe erlitten. Während des Streiks in Hiltrup spielten natürlich die Schwarzen den braven Mann, sie wollten uns die Bewegung genau schandend machen, aber wir durchschaute ihre Pfiffigkeit. Hier haben sie ihre Rolle ausgespielt.

Niederlammig. Am Montag, den 20. September, fand unsere Monatsversammlung statt, die sehr schlecht besucht war. Von 160 Mitgliedern waren 22 erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Stäudel den Kartellbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß der Arbeitersekretär, Genosse Taumann, am 15. Oktober seinen Posten in Münsfeld verläßt, den er zehn Jahre bekleidet hat. Er tritt im Konsumverein Augsburg als Geschäftsführer ein. Genosse Taumann war der beste Agitator unseres Bezirkes. Zum zweiten Punkt: Statistik, erstattete Kollege Günther den Bericht. An der Statistik beteiligten sich 61 Steinmetzen, 24 Schleifer und 4 Brecher. Davon waren verheiratet 52 Kollegen mit 134 Kindern. Der Durchschnittsverdienst bei den Steinmetzen betrug 1061.54 Mk., im Vorjahre 1154.04 Mk., bei den Schleifern 1084.95 Mk., im Vorjahre 1108.93 Mk., bei den Brechern 1055.75 Mk. Krank waren 26 Kollegen zusammen 81 Wochen. Arbeitslos waren 17 Kollegen 44 Wochen. Zu hoffen ist, daß sich die Kollegen an der Statistik im nächsten Jahr besser beteiligen. Einstimmig beschloß die Versammlung den Steinmetz Christoph Heinrich auf Grund des Statuts, § 3, Abs. 5b, aus dem Verband auszuscheiden. Die Gaststeuer ist mit dem 1. Juli in Kraft getreten. Die Platzkassierer werden ersucht, die erhöhten Wochenbeiträge einzukassieren.

Raboldzell. Hier tagte am 12. September eine gutbesuchte Versammlung. Kollege S. Braun referierte. Die Zahlstelle wurde wieder neugegründet; 20 Renaufnahmen konnten gemacht werden. Es ist das ein schöner Erfolg. Es stehen uns noch 15 Indifferente gegenüber. Wir glauben sicherlich, daß die Zahlstelle bald auf 30 Mitglieder gebracht werden kann. Allerdings die Schlampererei wie früher lassen wir nicht mehr einreifen. Der Vorsitzende schloß die gutverlaufene Versammlung mit dem Hinweis, daß in Zukunft am Ort eine rege Agitation betrieben werden möge.

# Rundschau.

**Obermeister Schmig f.** Am 22. September starb in Leipzig der Ehrenobermeister der Steinmetzinnung Max Schmig im Alter von 59 Jahren. Der Verstorbenen war Mitbegründer des Deutschen Steinmetzverbandes. Im kommunalen Leben spielte er ebenfalls eine große Rolle, denn er war zuerst 10 Jahre Stadtverordneter und dann 9 Jahre (unbeförderter) Stadtrat. Der Leipziger Steinmetzinnung stand er etwa 14 Jahre vor. Als Vorsitzender der Tarifkommission soll Schmig sehr unparteiisch gehandelt haben.

**Arbeiterentlassungen in Leipzig.** Die Firmen Anders, Nüdel und H. Müller haben unter den Steinmetzen sehr stark Luft gemacht. Wie uns gemeldet wird, sollen auf den Leipziger Steinmetzwerkplätzen noch größere Entlassungen bevorstehen. — Für die Sandsteinarbeiter machen sich also die Herbstmonate recht bitter bemerkbar.

**Neuer Basaltsteinbruch.** Am Baiersberg bei Weilar (Thüringen) wird ein größerer Basaltsteinbruch eröffnet. Als Konzessionär kommen die Herren Reinhold und Nagel in Kassel in Frage.

**Bernünftiger Beschluß.** Die Bauarbeiter-Schutzkommission in Göttingen hat laut Gemeinderatsbeschlusse ebenfalls das Recht, städtische Bauten zu revidieren.

**Der zweite Vorsitzende des christlichen Steinmetzverbandes, Herr Korr,** hat sein Amt aus — Gesundheitsrückgründen niedergelegt. Als Agitator in der Steinindustrie war er nach den Vorlesungen, welche das Glasarbeiterorgan aus Tageslicht zog (siehe auch die Nr. 38 des „Steinmetzers“), unmöglich. Herr Korr wird in Zukunft in A n r ö c h t e (Westfalen) seinen Wohnsitz aufschlagen und die Leitung des dortigen, unter christlicher Flagge stehenden Konsumvereins übernehmen.

**Die erste Geige auf den Katholikentagen** spielen natürlich die Adligen. In neuerer Zeit lassen die Regisseure vereinzelt einen christlichen Gewerkschaftsführer zum Wort kommen, damit den Arbeitern im Lande draußen fauler Zauber vorgemacht werden kann. Im Bayrischen Vaterland urteilt ein Besucher des Breslauer Katholikentags über die Tagung wie folgt:

„Bei der großen Aufmachung und Zugschneidung der ganzen Sache auf den Katholikentagen handelt es sich nicht mehr um allgemeine deutsche Katholikentage, sondern um eine Aufmachung zum höheren Ruhme einer gewissen Clique. In dieser Clique dürfen einige Bürgerliche neben Adligen und höheren Geistlichen mit an Draht ziehen. Das sind aber solche Bürgerliche, die die ganze Aufmachung und Politik billigen, und zum Teil solche, die es als ihres Lebens höchstes Glück betrachten, wenn sie neben dem Herrn Baron oder Grafen amtierend dürfen. Ja, man braucht nur die Presseberichte zu lesen. Das erste, was aufmarschiert unter den „berühmten Persönlichkeiten“ im Bericht der Berliner „E. P. C.“ (Zentrumsparlamentarischer Korrespondenz), das sind die abligen Herren, die erschienen sind, vom Fürsten angefangen bis herunter zum jungen Baron. Selbstverständlich sitzt ein Graf oder Baron niemals unten in der Halle unter der misera plebs contribuens catholica. Er ist oben. Und wenn der junge Herr Graf, der das Monocle kneift, das erstemal auf dem Katholikentag erscheint — sein Platz ist sofort oben unter den Auserwählten. Und da gibt es Leute mit so ordinärer bürgerlicher Denkungsart, daß sie an Derartigen Mißfallen haben. Da gibt es Leute, die so verroht niedriger Gesinnung sind, daß sie nicht einsehen wollen, daß es angeborene Rechte gibt. Auch das Alter spielt keine Rolle. Andre müssen sich die Sporen verdienen, andre bringen sie mit auf die Welt. Adlige Grünspäcke, die als höchste Kunst das Monocleknäusen gelernt haben und noch kaum trocken hinter den Ohren sind, Herren, von deren Verdiensten niemand etwas weiß, die spielen bei den Katholikentagen die größte Rolle.“

Der Höhepunkt wurde aber erreicht bei dem Schlußessen, das üblicherweise immer die Katholikentage beschließt. Man verpackte einen Kugel im Halse. Ein Adliger hat auf den andern, ein Graf auf den andern, und ein Baron auf den andern Kolbren gehalten. Beim Schlußessen ist man nämlich so ziemlich unter sich, da ist nur noch die Creme der Creme da. Beim Schlußessen sind der höhere Klerus die Drahtzieher und die Herren vom Adel. Die Masse, der subalterne Beamte und der brave kleine Mann, sind nicht mehr da. Sie waren ja schon glücklich, in einer großen Halle die vielen hohen Herren sehen zu dürfen. Und so wird es am besten sein, wenn man in Zukunft nicht mehr von Katholikentagen spricht, sondern von Veranstaltungen zur Verherrlichung des Adels mit gnädiger Heranziehung der katholischen Masse. Und so soll der nächste Adelstag in Augsburg stattfinden.“

Die Auslassungen erscheinen in einem Z e n t r u m s b l a t t, dessen Mitbegründer der bekannte Zentrumsabgeordnete Dr. He i m ist. Die meisten Mitarbeiter am „Vaterland“ sind weiter katholische Geistliche.

**Modellierkurs.** Bei genügender Beteiligung ist im kommenden Winterhalbjahr die Errichtung eines Modellierkurses an der Steinmetzschule W u n s i e d e l geplant. In dieser sollen die Steinmetzen mit der Technik des Modellierens vertraut gemacht und an der Hand der jeweils gefertigten Arbeiten über das Wesen der Steinplastik und des Reliefs aufgeklärt werden.

**Der „Bergknappe“ wegen Beleidigung vor Gericht.** Wegen eines Schmähartikels gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes sollte sich am 24. September der Redakteur und Landtagsabgeordnete J m b u s c h vom christlichen „Bergknappen“ vor dem Schöffengericht in Offen verantwortlich machen. Es handelt sich um eine seitens der Christlichen mit vielem Aplomb verbreitete Schauerermär anlässlich der Knappheitswahlen. In einem Artikel des christlichen „Bergknappen“ war behauptet worden, daß der Vorstand, speziell der Vorsitzende S a c h s e, veranlaßt bzw. zugelassen hätte, daß bei der Knappheitswahl von 1904 von einem Verbandsfunktionär anonyme Flugblätter verbreitet wurden, laut denen der christliche Führer R u t v o n den Zehnenbestehern mit 30 000 Mk. bestochen sein sollte. Da der Beklagte zum Termin nicht erschienen war, beschloß das Gericht, einen neuen Termin anzuberaumen, und den Angeklagten, wenn er auch zum nächsten Termine nicht erscheint, polizeilich vorführen zu lassen. Mit der Beweisführung für seine vagen Verdächtigungen scheint es der Redakteur des „Bergknappen“ nicht so eilig und wichtig zu haben, wie mit der Verbreitung der Verleumdung.

**Christliche Ehrabschneider.** Zu je 50 Mk. Strafe und zur Tragung der Kosten verurteilte das Amtsgericht Mannheim den Redakteur Bergmann vom Verbandsorgan des christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg, sowie den Redakteur Kraus vom katholischen „Volkswort“ in Mannheim. In einem in vielen Blättern nachgedruckten Artikel war unter anderem behauptet worden, daß Genosse Schneider freitenden Arbeitern anstatt Unterstützung Schläge mit dem Farrenschwanz angedroht habe. Diese Behauptung konnten die Christenführer, nachdem Schneider mit Beleidigungsflagge vorging, nicht im geringsten beweisen.

**Eine gelbe Holzarbeiterorganisation** in Ludwigshafen. Anlässlich des Ausstandes der Holzarbeiter und Glaser hat der Vaterländische Verein die Streikbrecher zusammengetrommelt und mit ihnen eine Sektion der Holzarbeiter und Glaser gegründet. Die Leute wollen die Arbeiterfrage in glütlichem Einvernehmen mit den Unternehmern regeln und den Unternehmern bei Ausständen immer treu bleiben.

**Ein eigenes Heim** wird sich der Zentralverband der Maurer Deutschlands in Hamburg errichten. Der Vorstand hat in Borgfelde, Ecke der Wall- und Klaus-Groth-Straße, ein

größeres Grundstück erworben, auf dem ein Verbandshaus errichtet werden soll. — Der Metallarbeiterverband hat sich ein solches Heim schon seit Jahren in Stuttgart errichtet und er ist dabei vom rechnerischen Standpunkt aus sehr wohl gefahren.

**Kalkulation des Gewerkschaftshauses in Kassel.** Die bürgerliche Presse begleitet die Mitteilungen vom Zwangsverkauf des Kasseler Gewerkschaftshauses mit hämischen Glossen. Der Zusammenbruch des Gewerkschaftshauses ist auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen, die daraus entstanden sind, daß es der Baugesellschaft nicht mehr möglich war, außer der ersten Hypothek in Höhe von 300 000 Mark weitere Hypothekengelder zu beschaffen. Infolgedessen war die Zinsbelastung der Baugesellschaft so groß, daß sie — trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges — ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnte.

Als mit dem Bau begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von vertrauenswürdiger Seite die Beschaffung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Verpflichtungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt: konnten nicht gehalten werden, weil eine fürchterliche wirtschaftliche Krise einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauerte und viele geschäftliche Unternehmungen, auch in Kassel, verwüstet hat. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugesellschaft, Hypotheken zu beschaffen, waren vergeblich. Den Kasseler Gewerkschaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen, um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien unzulässig, da alle Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen werden mußten, nachdem sicher festgestellt, daß Hypotheken in ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, andererseits aber die Rückzahlung der Baugelder verlangt wurde.

Dieser Vorgang in Kassel gibt uns einen Fingerzeig, wie vorsichtig bei der Errichtung von Gewerkschaftshäusern operiert werden muß. Wer auf die Mithilfe bürgerlicher Gelder rechnet, hat schon falsch kalkuliert.

**In Schöna (sächsische Schweiz)** wurde kürzlich eine untergeordnete Steinwand zu Fall gebracht. Es wurden etwa 10 000 Kubikmeter Steine auf diese Weise gebrochen. Ein Block ist vorhanden mit folgenden Ausmaßen: 22 + 18 + 16 Meter Volumen = 6356 Kubikmeter. Das Gewicht dieses enormen Blocks beträgt etwa 254 240 Zentner. — Nun können sich die Schrötter an die Arbeit machen.

## Literarisches.

**Erläuterungen zur geologischen Spezialkarte des Königreichs Württemberg.** Druck von Wilhelm Kohlhammer in Stuttgart.

Der Verfasser des Büchleins, Herr K. Regelmann, hat mit großem Geschick in recht populärer Weise die geologischen Verhältnisse des Kreises Baiersbrunn geschildert. Der spezielle Teil behandelt: Die Gneissformation, die Granitformation, das Rotliegende, den Buntsandstein, Tektonik und die Mineral- und Erzgänge. Besonders interessant ist die Schilderung über den sogenannten „Tigerandstein“. Dieses Material setzt sich zusammen aus dünnplattigen, glimmerreichen weißlichen Sandsteinbänken, welche selten über 20 Zentimeter stark sind. Recht gründlich sind auch die Bodenverhältnisse in land- und forstwirtschaftlicher Weise geschildert.

**Am Sonnabend, den 2. Oktober, ist der 40. Wochenbeitrag fällig. Die Mitglieder handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die Beiträge pünktlich bezahlen.**

## Allgemeine Bekanntmachungen.

**Arbeitsanfragen betreffend.** Aus verschiedenen Zahlstellen gingen der Redaktion Meldungen zu, mit nachstehendem kurzen Inhalt: „Ehe um Arbeit zugesprochen wird, ist der Vertrauensmann über die Lage des Arbeitsmarktes zu befragen.“ Wir sind ja auch der Meinung, daß der Rat des Vertrauensmannes beim Arbeitssuchen eingeholt werden soll. Aber wir hoffen, daß durch eine solche Auskunftserteilung nicht beabsichtigt wird, den Reisenden möglichst schnell wieder — abzuschreiben. Es sind uns Fälle bekannt, daß das Zusprechen verboten wurde, damit diejenigen, die in Arbeit stehen, auch weiterhin Beschäftigung haben sollten. — Der reisende Kollege, der wochen- oder monatelang Deutschlands Gauen unter großen Entbehrungen und Strapazen durchquert, will eben auch so schnell wie möglich Arbeit erhalten. Wenn ihm aber vom Vertrauensmann der Zahlstelle K. der Bescheid wird: ein Zusprechen ist nicht ratsam, so wird der reisende Kollege wieder weitermarschieren, und in P. wird ihm vielleicht derselbe Bescheid. — Schließlich sind zur Abweisung nicht genügend Gründe vorhanden gewesen. Wir erwarten, daß bei der Auskunftserteilung über den Stand des Arbeitsmarktes äußerst objektiv verfahren wird! Die Redaktion.

**Mainz.** Dem Steinmetzen Julius Bucher aus Kottwil (Schweiz) ist hier zu Unrecht eine Reisekarte ausgestellt worden. Dem B., welcher sich die Karte erschwindelt hat, ist selbige abzuziehen. Die Legitimation ist dann an den Zentralvorstand nach Leipzig einzusenden. Die Ortsverwaltung.

**Offen.** Der Steinmetz Ernst Witte soll sofort seine Adresse einpenden. Hermann Lamberg, Hermannstraße 23, I.

**Podenaun.** Die Kollegen Georg Steinhäuser, Jos. Kühn, Wenzel Trenz und Albert Görlich werden eruchtet, ihre Adresse an Unterzeichneten zu senden. Es handelt sich um Geldnachzahlung, betreffs der Sparrnospfände.

**Dswald Ziegert, Vorsitzender, Deutmannsdorf, Kreis Löwenberg (Schlesien).**

**Karlsruhe.** Die Reiseunterstützung wird vom 1. Oktober ab in der Herberge Zu den Störchen, Gartenstraße, ausbezahlt.

**Gotha.** Dem Steinmetzen Hugo Werboth ist keine neue Interimskarte auszustellen. Die Ortsverwaltung.

**Vunzlau.** Die Steinmetzen Deichmann und Dennicke sind ihren Verpflichtungen nachgekommen.

**Reinhold Hanke.**

**Frankfurt a. M.** Der Kollege August Klingenberg soll auf Wunsch seiner Mutter sofort seine Adresse angeben. Es handelt sich um häusliche Angelegenheiten. Friedr. Winkel.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 25. September 1909.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Rügen, B. 3.30. Reichenbach i. Vogtl., B. 5.70. Arnstadt, B. 5.60. Dzierogowiz, B. 8.25. Medinghofen, B. 8.75. Zell, B. 68.46. E. 4.—, K. 0.10. Reiffenhausen, B. 42.—. Offenbach, B. 69.—, E. 1.—. Odenbach, B. 36.34. Nürnberg, B. 483.—, E. 27.50, K. 51.20. Königslutter, B. 92.—. Voßum, B. 92.—. Ehringendorf, B. 75.60, K. 4.40. Häslich i. Schlf., B. 420.—. Hürstel, Div. 33.—. Demsbach, B. 199.50, E. 4.—, K. 1.50. Radweiler, B. 89.30, K. 10.70. Rostof, B. 460.—, K. 10.—. Roth an der Rhön, B. 3.80, E. 5.—. Wiesbaden, B. 92.—, E. 0.50, K. 5.80. Potsdam, Ins. 1.50. Riegnitz, B. 13.20. Ahim, B. 4.95. Neue Schälufe, B. 4.95. Dahlem, B. 2.15. Stade, B. 2.20. Oibernhau, B. 24.20. Neujorg, B. 276.—, E. 2.—, K. 10.—. Kirchhausen, B. 775.50. Jannowitz, B. 87.60, K. 12.40. Egerhäusen, B. 57.—, K. 6.—. Brüda, B. 64.60, E. 0.50, K. 2.40. Breslau I, B. 368.—. Mänschen, B. 460.—, K. 40.—. Wilsbemann, B. 115.—, E. 5.—. Weißdorf, Ab. 2.40. Weßel, B. 3.30, K. 0.40. Noten-

burg, B. 5.—. Straßund, B. 4.95. Paderborn, B. 4.40. Pöhsel, Ins. 2.40. Gütchenbach, B. 368.—, M. 1.25. Kronach, B. 93.48, E. 3.25, K. 3.—. Kiel, B. 59.80, K. 8.70, M. 2.—. Hedenau, B. 230.—. Freiburg i. Br., B. 184.—, K. 20.—. Frankfurt a. M., B. 230.—. Herbede, B. 101.20, E. 12.—, K. 12.80, M. 2.—. Kappelrodt, B. 29.90, K. 0.75. Leipzig, B. 1058.—, E. 20.—. Kütchen, B. 9.20, K. 0.80. Burg, B. 6.05, K. 0.40. Driesen, B. 6.—. Nachtrag zur Quittung in Nr. 39: Gotha, K. 4.90.

Ludwig Geiß, Kassierer.

## Adressen-Änderungen.

**Bunfiedel.** Vorf.: Fritz Grimm.  
**Voßum (Westf.).** Kass.: Cornelius van der Knyp, Buddenberger Straße 12a, I.  
**Hoffenbürg.** Vorf.: Heinrich Stahl.  
**Vangensalza.** Vorf.: Ludwig Rüd, Tennstedter Straße 3.  
**Wüzburg.** Vorf.: Sebast. Sauer, Juliuspromenade 2, II. (Gasthaus zum Döfen).  
**Vöbed.** Kass.: Erich Rink, Kottwitzstraße 25, I. Die Reiseunterstützung wird dabei selbst ausgeführt in der Zeit von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr mittags und von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends.

## Neue Zahlstelle.

**Roth a. d. Rhön.** Vorf. u. Kass.: Reinhold Rix, Stetten, Post Sondheim.

## Briefkasten.

**J. Sch. in R.** Siehe die Notiz: Arbeitsanfragen betreffend. Solche Hinweise können wir nicht für jede Zahlstelle separat bringen. — **Brüda.** 1. Die §§ 112 und 116 des Gewerbe-Infallerversicherungsgesetzes sind nicht so wichtig, daß uns ein Abdruck geboten erscheint. § 112 handelt von der Beitragspflicht an die Berufsgenossenschaft und § 116 von der mündelicheren Anlage der Gelder. 2. 1884. — **Deuthen, L.** Dein Schreiben bestätigte mir ja, was im Vunzlauer Eingangsbrief ausgeführt wurde. — **Rixdorf, Fr.** In den Nummern 34 und 37 wird von den beiden Berliner Sektionen der Nachruf über Schilling kritisiert. Der Redaktion wurde also schon überreichlich der Kopf gewaschen. Deine Einwendung wird nicht veröffentlicht; die Berliner Kollegen haben ja ihre abweichende Meinung zum Ausdruck gebracht. — **Heuschner.** Im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein sind insgesamt, laut letztem Geschäftsbericht, 137 Mitglieder organisiert. Die Bauhandwerker zählen zusammen 768 Mitglieder; ob darunter noch etliche Steinarbeiter sind, ist uns nicht bekannt. Die Hirsche haben also zu tun, wenn sie eine „Kriegsstarke“ Kompanie organisierter Steinarbeiter auf die Beine bringen wollen. — **Ueberau, Sch.** Es war gut, daß Du selbst den Antrag wegen der Uebernahme des Heilverfahrens stelltest. Du würdest für Deine Frau nebst zwei Kindern etwa 80 Prozent des bisherigen Krankengeldes als Zuschuß erhalten. Sind die Familienverhältnisse eigenartig gelagert, so kann der Zuschuß auch erhöht werden. Bei der Aufnahme in eine Heilanstalt spielt das ärztliche Gutachten die Hauptrolle. Viele Grüße vom Deinem Schulfreund. — **Breslau, P.** Man muß schon ein ganz gewöhnlicher Schmutz sein, wenn zu einer anonymen Kartenschreiber die Zuflucht genommen werden muß. Ein Kerl, der halbwegs Schneid hat, weiß seine Meinung ebenfalls mit Namensunterschrift zur Geltung zu bringen. Der anonyme Kartenschreiber ist mit einem schuftigen Denunzianten auf dieselbe Stufe zu stellen. — **Stünz.** Besten Dank für die Zusendung. Wir möchten die Kollegen dringend warnen, sich in die Straßburger Versicherungsanstalt aufnehmen zu lassen. Die Deudauer Steinarbeiter können ein Vieblein über diese famose Krankenkasse fingen.

## Anzeigen.

# Berlin.

Donnerstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr

## Kombinierte Mitgliederversammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der Statist.
2. Stellungnahme zu den von der Ortsverwaltung unternommenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Vorbereitung und Milderung der im nächsten Winter zu erwartenden Arbeitslosigkeit.
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung, insbesondere ihre event. finanziellen Konsequenzen erfordern das Erscheinen aller Kollegen. Die Ortsverwaltung.



## Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk  
Aue (Erzgeb.)

### Preisliste

über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!

➔ Lieferung sofort. ➔

# Schürzen

in 100—115 cm Breite, aus Hauswäschereien, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis und Hosen in Drell, Leder und Wadstoff, in eigener Anfertigung empfiehlt

## Emil Keidel Spezial-Geschäft Hamburg 6

jetzt Bartelstrasse 93.

## Gestorben.

In Hamburg am 15. September der Kollege Louis Vete, 27 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Köln I am 27. September der Kollege Jakob Ahdorf, 44 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
In Langelsheim am 16. September der Kollege Friedr. Gronemann, 50 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Ludwigshafen am 27. September der Kollege Jakob Porter, 27 Jahre alt, an der Lungenentzündung.  
In Sandersader am 24. September der Kollege Kaspar Börner, 39 Jahre alt, an Herzschlag.  
In Sebnitz am 23. September der Kollege Georg Aremhüller, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Ströbel am 29. September der Kollege Karl Friedel, 45 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Die Erdrosselung des § 4 der Bundesratsverordnung.

Wie aus dem Artikel: § 4 in Nr. 39 des „Steinarbeiter“ hervorgeht, haben die Steinindustriellen schon den ersten Unterminierungsversuch gegen die am 1. Juli 1909 in Kraft getretene verbesserte Bundesratsverordnung unternommen. Auch wir Granitarbeiter im Demitzer Gebiet haben die verbesserte Bundesratsverordnung mit Freuden begrüßt; glaubten wir doch, daß nun auch den Brechern (Schrottern), die einen gefährlichen Beruf ausüben und dabei allen Anfeindungen der Witterung ausgesetzt sind, der schon längst notwendige Schutz für Leben und Gesundheit gewährt wird. Wenn auch hier (in Demitz) der Ausdruck „Schrottschläger“, wie es im § 4 heißt, nicht gebraucht wird, sondern diese Arbeiter als „Speller“ bezeichnet werden, so nahmen wir ohne weiteres an, daß darunter alle Arbeiter, die mit Brechern beschäftigt sind, gemeint sein müssen. In uns stieg nicht die Vermutung auf, daß der Gesetzgeber einer Kategorie von Arbeitern den besseren Schutz für Leben und Gesundheit nicht zukommen lassen will, welche unter den Steinarbeitern den gefährlichsten Beruf ausüben. Wenn die Unternehmer sagen, im § 4 steht nichts von Brechern und somit haben diese auch kein Anrecht auf besseren Schutz, dann könnten die Steinindustriellen des Demitzer Gebiets mit Leichtigkeit behaupten, auch für unsere Steinmehnen existiert dieser Paragraph nicht, indem wir keine „Steinhauer“, wie es im § 4 heißt, beschäftigen, sondern „Puzer“, da der Steinmeh resp. Steinhauer hier mit „Puzer“ bezeichnet wird. Aber auch die Demitzer Unternehmer scheinen die Ansicht des „Deutschen Steinbildhauers“ zu teilen, da auch diese noch nicht den geringsten Versuch gemacht haben, den verbesserten § 4 zur Durchführung zu bringen.

Der Artikel: § 4 in Nr. 39 ist so klar und sachverständig geschrieben, daß selbst der größte Scharfmacher in der Steinindustrie zur Ueberzeugung kommen müßte, daß die Erklärung des Steinmehmeisterverbandes nicht stichhaltig genannt werden kann. Die Verfasser jener Notiz im „Steinbildhauer“ haben ja nicht einmal den Versuch unternommen, eine Auslegung zu geben, was sie unter Schrotter oder Schrottschläger verstehen. Die Steinarbeiter im Demitzer Gebiet unterschreiben den Artikel in Nr. 39 des „Steinarbeiters“ Wort für Wort. Daß die hiesigen „Speller“ Schrotterarbeit leisten, steht doch außer allem Zweifel. Um den Stein spellen (spalten) zu können, müssen doch zuvor Schrottlöcher geschlagen werden. So weit sind wir noch nicht, daß die Keile ohne weiteres selbst in das Gestein einbringen, zuerst müssen die Bohrarbeiten vollendet sein, nämlich der Schrott muß vorhanden sein. Nun werden die Unternehmer einwerfen, für die Schrotter können keine Schutzhäuser aufgestellt werden, das wäre praktisch nicht durchführbar. Das ist natürlich Schwindel. Die Unternehmer wollen am liebsten gar keinen Arbeiterschutz; bei ihnen ist alles un- durchführbar. Die alte Bundesratsverordnung mit ihren lockeren Bestimmungen paßt ihnen ebenfalls nicht, und faktisch, sie scherten sich den Teufel um die Bestimmungen. Näheres darüber ist ja auch im sächsischen Gewerbeinspektionsbericht nachzulesen. Im Jahre 1904 petitionierten die Steinmehmeister an den Bundesrat, daß für die Steinmehnen „transportable“ Schutzhäuser zulässig sein sollen. Es sollte damit bezweckt werden, daß die Steinmehnen gleich im Bruche, also an Ort und Stelle, wo das Material gebrochen wird, arbeiten können. Die Unternehmer mögen den Schrottschlägern, den Spellern nur Schutzhäuser stellen, sie werden dann sehen, wie praktisch die Ausstellung in den Steinbrüchen vor sich geht. Sagen wir es doch frei heraus, die Schutzhäuser kosten Geld, und um diese Kosten wollen sich die Herren herumdrehen. Wenn die Arbeiter die Schutzhäuser selbst stellen müßten, da würde über den § 4 kein Unternehmer auch nur ein Wort verlieren.

Hier in der Lausitz mußten vor Jahren die Puzer (Steinmehnen) ihr Schutzhäuser selbst stellen. Die Kollegen flochten sich Strohdächer, und darunter wurde gearbeitet. Als die erste Bundesratsverordnung 1902 kam, schimpften die Unternehmer weidlich auf die Behörden, weil sie nun die Verpflichtung hatten, Werkstätten erbauen zu lassen. Es war ja unerhört frech, daß sich die Unternehmer bis dahin weigerten, solche Unterkunftsräume herstellen zu lassen. — Und nun machen die Unternehmer den Brechern dieselbe Schwierigkeit, wie sie es früher den Puzern gegenüber taten.

Eins sei noch betont. So weit ist es glücklicherweise noch nicht, daß es mit der juristischen, besser gesagt blödsinnigen Knifferei des Steinmehmeisterverbandes seit Bewenden haben kann. Und wenn diese Herren bei einem Minister ihre Bittschrift gemacht haben sollten, so lassen wir uns nicht ohne weiteres die Verordnung verschlechtern. Da aber die Gewerbeinspektion von unserer Ortsverwaltung vor kurzem darauf aufmerksam gemacht und ersucht worden ist, den bestehenden Gesetzen Geltung zu verschaffen, nehmen wir an, daß sobald als möglich Schritte unternommen werden, falls dies bis heute noch nicht geschehen ist, denn die Steinarbeiter von Demitz-Thumitz werden nicht ruhen, die Unternehmer immer und immer wieder daran zu erinnern, daß auch sie verpflichtet sind, die Gesetze zu respektieren.

K. P.

## Hannes Wolf und seine Verteidigung.

In der letzten Nummer des „Steinarbeiter“ schilderten wir, wie der ehemalige Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, Hannes Wolf, seine christlichen Gefinnungsfreunde in Solnhofen verraten wollte. Wir wiesen darauf hin, daß Wolf an ein bürgerliches Blatt einen Artikel schrieb, in welchem die Schwächen des christlichen Hilfsarbeiterverbandes, der unter Oswalbs Leitung steht, dargelegt wurden. Wäre der Artikel während des großen Solnhofener Kampfes veröffentlicht worden, dann hätten in erster Linie die Unternehmer frohlocken müssen. Uns wurde das Vorgehen Wolfs sofort bekannt, wir unterließen eine Brandmarke während der Auspurrung aus taktischen Gründen und hielten eine Abrechnung nach Schluß der Bewegung am angebrachten. Das haben wir nun in der letzten Nummer getan. Auch in der übrigen Arbeiterpresse wurde das schosste Verhalten Wolfs dementsprechend gewürdigt.

Wolf, der jetzt in Braunschweig wohnt, wehrt sich entschieden gegen die gegen ihn erhobene Anschuldigung und behauptet, daß in der Zeitung des christlichen Hilfsarbeiterverbandes eine Mißwirtschaft, Vergeudung von Geldmitteln und eine Sünstlingswirtschaft herrsche, die allein er bekämpfe und gegen die er sich mit allen Kräften wende. Es sei seine ehrliche Ueberzeugung, wenn er versuche, die Mitglieder des christlichen Verbandes vor Schäden zu bewahren. Dabei gibt Wolf aus der Verwaltung des christlichen Verbandes einiges zum besten. So soll der Verband im Jahre 1906 große Kämpfe bei geringen Beiträgen geführt, im Jahre 1907 8000 Mark Schulden abgetragen, wiederum große Kämpfe geführt und doch 31 000 Mark gut gemacht haben. Im Jahre 1908 aber seien nicht nur die gesamten Einnahmen, sondern auch noch die 31 000 Mark verbraucht, und 5000 Mark Schulden gemacht worden, während die Lohnbewegungen nur gering und die übrigen Unterstützungen nur unwesentlich höher gewesen seien als 1907. Das Organ des christlichen Hilfsarbeiterverbandes habe seinen Mitgliedern denn auch die Zahlen aus dem „Zentralblatt“ über den eignen Verband in diesem Jahre verschwiegen. — Die Zahlen des „Zentralblatts“ reichten geradezu zum Widerspruch. Der Verband wollte danach für Gehälter 7044 Mark vorausgab haben gegen 32 000 Mark im Jahre zuvor. Dabei seien noch fünf neue Beamte angestellt worden. Die Ausgaben für das Verbandsorgan, das Wolf geleitet hat, betragen 1906 und 1907 zusammen 23 000 Mark, sie sollen im Jahre 1908 allein 24 000 Mark betragen haben („Zentralblatt“ Nr. 13), obgleich der Druck nicht teurer geworden ist. Wolf erklärt dann, daß er nicht aus der Redaktion entfernt worden sei, sondern selbst erklärt habe, unter keinen Umständen in der Redaktion bleiben zu wollen. Der Verbandsvorstand habe Bezirksleiter in Orten angestellt, wie Aschaffenburg, wo nur 30 Mitglieder (im ganzen Bezirk 300) vorhanden gewesen seien, obgleich dicht daneben, in Frankfurt a. M., ein Bezirksleiter vorhanden war; er habe unnötigerweise in der Zentrale Aschaffenburg das Beamtenpersonal — nach der Meinung Wolfs aus persönlichen Gründen — vermehrt, obgleich der Verband in Schulden steckte, die nur aus den hohen Verwaltungskosten entsprungen seien. Er habe einigen Kollegen von der Mißwirtschaft im Verbandsrat in vertrauten Kenntnissen gegeben, diese haben dann an Frankenberg geschrieben, und der habe

ihn dann deshalb bei der Zentralstelle angeklagt. In einem Briefe habe Frankenberg gemeint: „Es ist ja alles wahr, aber er brauche das doch nicht zu sagen. Wenn ich es so machen wollte, dann läge ich mit Frau und Kindern auf der Straße!“

Wolf erklärt dann noch, daß er, nachdem er eine solche Kollegalität gesehen habe, dem Zentralvorstand geschrieben habe, ihm sei eine Trennung vom Verbandsrat am liebsten. Er habe den Vorsitzenden der Lüge bezichtigt, mehrere Beamte beleidigt mit der Aufforderung, ihn zu verklagen. Er warte vergebens auf eine Klage.

In dieser Weise schildert nun Wolf, wie es im Hilfsarbeiterverband in Wirklichkeit bestellt sei. Ob die Anwürfe, die Wolf erhebt, richtig sind, können wir nicht beurteilen; es ist Sache des christlichen Hilfsarbeiterverbandes, sich darüber mit Wolf auseinanderzusetzen.

Was wir in der letzten Nummer über Wolf schrieben, Arbeiterperratt betr., das halten wir völlig aufrecht. Er unternimmt auch nicht den geringsten Versuch, dieses abzuleugnen. Eins aber müssen wir betonen, wenn das alles richtig sein sollte, was Wolf gegenüber seinem Verband nun behauptet, warum hat er denn in seiner Eigenschaft als Redakteur gegen eine solche Mißwirtschaft nicht Einspruch erhoben? Aber damals hat Wolf den Oswalbs herausgestrichen, als wenn dieser der größte Stratege des 20. Jahrhunderts wäre.

## Die Bauarbeiterorganisationen rüsten.

Im Baugewerbe bestehen auf beiden Seiten starke Organisationen, durch die die Lohn- und Arbeitsbedingungen in großem Umfange tariflich geregelt sind. Im allgemeinen ist dabei die Form des Einzeltarifs im Prinzip überwunden; wenn auch die Mehrzahl der Tarife Ortsstarke sind, so sind sie doch aus zentralen Verhandlungen hervorgegangen und tragen darum durch- aus zentralen Charakter. Neben den vielen Ortsstarben bestehen jedoch auch zahlreiche Tarife für größere Wirtschaftsgebiete, in denen Löhne und Arbeitszeit nach örtlicher Begrenzung festgesetzt sind, wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, für Hessen und das untere Baden, für Dresden und Berlin mit ihrer weiteren Umgebung usw.; ein anderes großes Tarifgebiet wird für Hamburg mit Umgebung gebildet werden.

Fast 90 Prozent aller im Baugewerbe bestehenden Verträge laufen nun im nächsten Jahre ab, die größten und meisten am 31. März. Ihre Erneuerung bezw. der Kampf um den Inhalt der neu abzuschließenden Verträge bildet das große Ereignis im Leben des Baugewerbes, worauf sich schon jetzt die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise richtet. Sowohl bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern ist man bereits dabei, die Vorarbeiten für die große Auseinandersetzung zu treffen. Die Unternehmer haben auf ihrer letzten Generalversammlung in Kassel im März d. J. eine Kommission gebildet, in der wie in einer Dunkelkammer die Maßregeln vorbereitet werden, die man für die Tariferneuerung zu treffen gedenkt. Daneben hielten die einzelnen Bezirksverbände der Unternehmer Sitzungen und Generalversammlungen ab, wo man sich ebenfalls — natürlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit — mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Auf Arbeitersseiten ist man selbstverständlich ebenfalls nicht müßig gewesen. Die Hauptaufgabe war hier, den erheblichen Mitgliederverlust des vergangenen Jahres wieder auszugleichen. Infolgedessen haben die Organisationen während des ganzen Sommers eine lebhafteste Agitation betrieben, die erfreulicherweise auch nicht ohne guten Erfolg geblieben ist. So konstatierte der Zimmerer schon vor mehreren Wochen eine Steigerung seiner Auflage um 5000 allein im 2. Vierteljahr, der Bauhilfsarbeiter meldete in Nr. 3 ebenfalls einen beachtenswerten Mitgliederzuwachs, nämlich von rund 17 000 im 2. und 3. Vierteljahr, und auch der Grundstein berichtet jetzt in seiner neuesten Nummer (39) über gute Fortschritte. Danach ist die Mitgliederzahl des Maurerverbandes im 2. Vierteljahr um mehr als 14 000 gestiegen; im ganzen wird der Gewinn im 2. und 3. Vierteljahr auf rund 20 000 angegeben. Zurzeit finden in allen Teilen des Landes Agitationsversammlungen statt, sowohl von den Zimmerern wie von den Bauhilfsarbeitern und den Maurern. Die Maurer behandeln in nicht weniger als 900 Versammlungen die Lage der Dinge. Öffentlich haben alle diese Versammlungen den erstrebten Erfolg, die Organisationen zu festigen und zu stärken und den Mitgliedern volle Einsicht in die Situation zu verschaffen. Das ist dringend nötig, denn wie sich heute die Aussichten der Tarif- erneuerung darboten, ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Kampf zu rechnen, von dessen Größe und Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben man sich einen Begriff machen kann, wenn man bedenkt, daß an ihm annähernd 300 000 Arbeiter beteiligt sein können. — Ob Kampf oder Frieden, liegt ausschließlich in Händen der Unternehmer. Ueber die Forderungen der Arbeiter ist noch nichts bekannt, bisher hat noch keine der beteiligten Gewerkschaften Beschlüsse in dieser Hinsicht gefaßt. Aber es ist sicher, daß sie eine allgemeine Erhöhung

## Die neue Dolomitenstraße.

Der Riesenschwall der Alpen, diese alte Völkerscheidewand zwischen Germanien und Romaniern, verliert immer mehr den Charakter des Trennenden. Immer neue Schienenwege und immer neue Prachtstraßen entstehen und erschließen auch die innersten Geheimnisse der einst so gefährlichen Bergwelt. Auf die Vollendung der Tauernbahn ist in kurzem Intervall die Fertigstellung der neuen Dolomitenstraße gefolgt. Das letzte Teilstück der 170 Kilometer langen Hochgebirgsstraße Toblach-Bozen, die Straße Cortina-Falgarego, ist kürzlich dem Verkehr übergeben worden.

Damit ist eine Anlage vollendet, die nach allgemeinem Urteil ihresgleichen in der Welt nicht hat. Vielleicht gibt es Gebirgsstraßen von noch kühnerer Konstruktion, sicherlich aber keine zweite, die in solcher Ausdehnung durch eine zauberhaft schöne, an gradiosen Szenarien schier unerschöpfliche Alpenlandschaft führt.

Welche gewaltigen technischen Schwierigkeiten die Ingenieurkunst überwinden mußte, ehe es möglich war, im Automobil das Herz der Dolomitenwelt zu durchqueren, erkennt der Reize an den Höhenunterschieden, welche bewältigt werden mußten. Die neue Dolomitenstraße folgt nicht dem Lauf eines Tales, sondern sie durchschneidet eine ganze Reihe von Tälern und überschreitet die kagwischen liegenden Bergwälle. In stetem Auf und Ab geht es durch die Wunderwelt der Dolomiten, zu beiden Seiten an fröhlichgrünen Riesen vorüber, zwischen Wäldern und Alm- böden hindurch, an kristallklaren Bergseen vorbei. Wenn wir den Lauf der Straße in kurzen Umrissen skizzieren wollen, so brauchen wir nur die Namen zu nennen: Toblach — Dürrensee — Cortina d'Ampezzo — Falgarego-Paß — Andraz — Pordoj- Joch — Vigo di Fassa — Cavalese — Bozen. Aber durch den Anschluß zahlreicher Seitenstraßen lassen sich mancherlei Varianten ausführen, so von Schluderbach über den Misurina-See und Tre Croci nach Cortina, und von Vigo über den Karer-Paß in das romantische Eggental. Fünf in ihrem Charakter wie in ihrem geologischen Aufbau grundverschiedene Täler sind es, die

diese Straße verbindet, das Höhlensteinertal, das Ampezzotal, das Buchensteinertal, das Fassa- und das Eggental. Durch die projektierte Seitenstraße Pordoj-Joch-Sella-Joch wird in Zukunft auch noch eine Verbindung mit dem Grödener Tal hergestellt werden.

Die überschrittenen Pässe erreichen auf dem Falgarego-Paß eine Höhe von 2107 Metern und auf dem Pordoj-Joch sogar eine solche von 2250 Metern. Da Cortina in einer Meereshöhe von 1219 Metern liegt, hat das jetzt vollendete letzte Teilstück der Straße bis zum Falgarego-Paß eine Höhendifferenz von 900 Metern zu überwinden. Von Cortina aus passiert die Straße in kühner Anlage die Felsenwände des Monte Crepa und schwingt sich zum kleinen Plateau von Pocol empor, von wo man einen ausgedehnten Rundblick von erlesenen Reize hat. Neue Gebirgszüge, wie die Cridola, die Rotwand, der Schwalbenkofel tauchen zu beiden Seiten lodend empor, andre wieder entschwinden dem suchenden Blick und schließlich entziehen die Windungen der aufwärts klimmenden Straße auch das male- rische Cortina tief unten in bläulicher Tiefe dem Auge. Auf einsamen Almböden folgt in sanfter Steigung üppiger Hoch- wald, und bald taucht zur Rechten die grandiose Dolanagruppe wieder auf, ein majestätischer Anblick. Auf der Höhe des Falgarego-Passes erhebt sich eine einfache Pyramide als Erinne- rungszeichen. Oben auf dem Falgarego-Joch steht ein einfaches Föspiz, das wohl bald einem modernen Riesenhotel Platz machen wird. Durch einen großen Rehrunnel, eine der interessantesten Partien der Dolomitenstraße, senkt sich die Straße in das Buchen- steiner Tal. Tief unten taucht Andraz auf, eine wahre Berg- idylle inmitten duffiger Alpenwiesen. Wieder senken wir uns um 600 Meter. Von Andraz führt eine Seitenstraße südwärts über die italienische Grenze nach Caprile und dem herrlichen See von Meghe, in dessen Fluten sich die einer Zadenkrone gleichende Civetta spiegelt. Weiter führt von dort ein Pfad durch die berühmte Sottogudaßchlucht an die prallen Südwände der Marmolata und entweder über den Dmbretta-Paß und das Bamberger Haus nach Penia, wo man die große Dolomiten- straße, die wir in Andraz verlassen hatten, wieder erreicht. Dieselbe hatte inzwischen von Andraz aus in sanfter Steigung

über Pieve di Vinvalonga (Buchenstein) und Arraba immer längs des Cordevole-Baches die Kampe des Pordoj-Joches er- reicht. Dann geht es wieder in 10 Kilometer langer Steigung 600 Meter hinauf und an der andern Seite in 12 Kilometer langem Gefälle 800 Meter herunter bis nach Canazei im Fassa- tal. Ein vollendetes Dolomitenrundbild erschließt sich dem Reisenden droben von der Fochhöhe. Zuerst die Königin Mar- molata mit ihrem weißschimmernden Firnmantel und ihrem trostigen Satrapen, dem Bernol, dann jenseits der tafelförmige Stod der Sella mit der Boes-Spitze und die pittoresken Zinnen und Türme des Königs Langkofel.

Alle diese Herrlichkeiten, die sich ehemals nur dem aus- dauernden Hochtouristen erschlossen, kann jetzt auch der Bequeme Reisende im Wagen oder Automobil genießen. Auf der Höhe des Pordoj-Passes befindet sich derzeit nur eine einfache Unter- kunftshütte, die wohl bald einem großen Hotelbau Platz machen wird. Aber schon eine halbe Stunde talwärts ist ein schönes neues Hotel in geradezu paradiesischer Lage am Ufer dunzel- grüner, baumumsäumter Teiche mit dem nahen Ausblick auf Sella, Langkofel und Rosengarten errichtet. Wahrer Märchen- zauber ist über diese entzückende Wildnis ausgebreitet, die Phantasie vermag sich kaum Schöneres zu erträumen. Vom Pordoj-See, das noch etwa 2000 Meter Meereshöhe hat, führt die wundervolle Kunststraße in ungeheuren Windungen durch prächtigen Hochwald, an Felsen und mächtigen Wasserfällen vor- bei nach Canazei, wo wir die längst bekannte Heerstraße betreten, die über Campitello und Vigo di Fassa westlich zum Karer-See- Hotel und weiter über Welschnovon nach Bozen oder südwestlich ins Fleimserthal nach Predazzo führt, wo die Straße über den Rolle-Paß nach San Martino di Castrozza am Fuß der herr- lichen Palagruppe abzweigt. Unre Straße führt über Cavalese bis zur Eisenbahnstation Neumarkt-Examin an der Linie Bozen- Trient.

In wenigen Tagen kann man auf der neuen Straße die Wunderwelt der Dolomiten durchsehen. Die deutschfreundliche ladinische Bevölkerung, die in großem Geseß zu dem irren- dentistischen Italianismus steht, wird den deutschen Reisenden immer mit offenen Armen empfangen.

der Höhe und für viele Orte auch eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern werden. Die heutigen Löhne der baugewerblichen Arbeiter haben im allgemeinen noch den Stand, wie er im Jahre 1907 erreicht war; die im Jahre 1908 abgeschlossenen Verträge haben nur in einzelnen Fällen und auch in diesen nur ganz unbedeutende Lohnerhöhungen gebracht. Seitdem haben sich jedoch, wie auch die Unternehmer nicht bestreiten können, die Kosten des Lebensunterhalts bedeutend erhöht und sie werden unter der Wirkung der neuen Steuern weitere Erhöhungen erfahren. Die Forderungen der Arbeiter haben also volle Berechtigung. Gleichwohl besteht bei den Unternehmern keine Neigung, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Bezüglich der Arbeitszeit wurde auf der vorerwähnten Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ausgedrückt, daß man an den vor zwei Jahren gefaßten Beschlüssen unbedingt festhalten werde, wonach keine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden bewilligt werden soll. Die rheinisch-westfälischen Unternehmer erklärten auf ihrer Generalversammlung im Frühjahr d. J. sogar, daß man die „Charta vom Jahre 1908 wieder ausweihen“ müsse. Deshalb müsse die Arbeitszeit in einigen Orten verlängert werden. Zu diesen schwerwiegenden Streitpunkten haben die Unternehmer durch die Bildung eigener Arbeitsnachweise noch einen weiteren Differenzpunkt gefügt. Die Arbeiter werden sich gegen die Zumutung, diese als Maßregelungsbureau wirkenden Institute anzuerkennen, selbstverständlich scharf zur Wehr setzen. Andererseits hat sich der Arbeitgeberbund mit seiner ganzen Autorität für die Arbeitsnachweise eingesetzt, so daß schon dieses Punktes wegen Differenzen bestehen. Ueber die Unvereinbarkeit der eigenen Arbeitsnachweise mit dem Tarifvertragswesen hat sich das Schiedsgericht im Münchener Baugewerbe im Juni d. J. sehr klar ausgesprochen in seinem Schiedsspruch, daß die Münchener Bauunternehmer das Vermittlungsmonopol ihres Arbeitsnachweises unverzüglich aufzugeben hätten, weil dieses dem Geiste des Tarifvertrages widerspreche. Es ist sehr bezeichnend, daß der Arbeitgeberbund trotz dieser scharfen Verurteilung seiner Arbeitsnachweise durch Berufene und unparteiische Richter an seiner Absicht festhält. Man muß daraus entnehmen, daß er es mit Gewalt zum Kampfe treiben will. Wenn man daran überhaupt noch zweifeln konnte, so hat ein kürzlich vom Grundriem veröffentlichtes Protokoll über eine Generalversammlung des Landesverbandes der württembergischen Bauunternehmer diese Zweifel restlos beseitigt. Mit diesem Protokoll hat es folgende Bemandnis Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte — wie noch allgemein bekannt sein dürfte — im Jahre 1907 einen Mustervertrag ausgearbeitet, dessen Anerkennung er von den Gewerkschaften forderte. Dieser Mustervertrag enthielt u. a. die Bestimmung, daß der Lohn nur für „tüchtige“ Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter festgelegt werden sollte. Die Gewerkschaften lehnten mit Recht den Mustervertrag, besonders dieser Bestimmung wegen, ab, und in den langwierigen Verhandlungen bequemen sich die Unternehmer schließlich, die angeführten Bestimmungen, darunter das Wort „tüchtig“, preiszugeben. Damit waren indessen die württembergischen Unternehmer nicht zufrieden und sie meldeten daher ihren Austritt aus dem Bunde an, um ihrerseits die Verträge mit dem Worte „tüchtig“ abzuschließen zu können. Dann begannen bald darauf die Verhandlungen wegen Wiedereintritts der Württemberger in den Bund. Sie hatten Erfolg. Auf welcher Grundlage sich die württembergischen Unternehmer wieder dem Bunde anschließen, erfährt man aus dem Protokoll über ihre Generalversammlung, auf der der Vorsitzende, Baugewerksmeister Busch-Stuttgart, darüber berichtete. Er sagte, die eingeleitete Dreizehner-Kommission habe den Auftrag erhalten, den Normalvertrag in dem vom Landesverband Württemberg angeregten Sinne umzuarbeiten. Deswegen werde der Kampf im nächsten Jahre unvermeidlich sein. Diese Mitteilung ist nur so zu deuten, daß die Unternehmer dem nächsten Verträge wieder eine Bestimmung einverleiben wollen, wonach der Vertragslohn nur „tüchtigen“ Arbeitern gezahlt werden soll. Sie hätten es bei einer solchen Bestimmung in der Hand, die Löhne ganz willkürlich festzusetzen, denn sie könnten sich immer damit ausreden, daß die betreffenden Arbeiter nicht „tüchtig“ seien. Es ist gar keine Frage, die Arbeiterorganisationen können sich auf solche Bestimmungen nicht einlassen, denn sie gäben damit den in vielen Kämpfen errungenen Minimallohn auf und verminderten ihren Einfluß auf die Lohnfestsetzung ganz bedeutend. Aber selbst wenn sie in diesem Punkt nachgeben wollten, so bleiben doch, wie wir gesehen haben, noch so viele Konfliktpunkte, daß tatsächlich der Kampf im Baugewerbe im nächsten Jahre sehr wahrscheinlich ist. Es ist darum notwendig, schon jetzt die Schachlage zu klären, um den Unternehmern vorzugreifen, die jedenfalls wieder versuchen werden, die Schuld an dem Kampfe den Gewerkschaften aufzubürden. Wir glauben, durch diese Darstellung gezeigt zu haben, daß, wenn es zum Kampfe kommt, die Schuld bei den Unternehmern liegt, die sich hier wiederum als Scharfmacher sans phrase zeigen.

Mögen die Bauarbeiter aller Berufe die Konsequenz aus der Situation ziehen und nicht unterlassen, ihre Organisation zu stärken.

## Statistische Erhebungen der Zahlstelle Köln a. Rhein.

(Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909.)

Die alte Klage über die grenzenlose Interesselosigkeit gegenüber der Statistik muß leider auch dieses Jahr wieder erhoben werden. Ein genaues Bild über die hiesigen Arbeitsverhältnisse kann bei einer Beteiligung von 60 Prozent nicht gegeben werden (Sehr richtig! D. Red.), zumal gerade diejenigen Kollegen, die die Statistik ablehnten, unter Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht so viel zu leiden hatten, als wie diejenigen, die nicht einmal so viel Interesse haben, die paar Zahlen einzutragen.

Es sind zurzeit in Köln beschäftigt 113 Kollegen, davon 16 am Dombau. Der Organisation gehören 90 Kollegen an; hiervon beteiligten sich 54 an der Statistik. Der Durchschnittsverdienst pro Tag belief sich auf 4,64 Mk. Der Verdienst im einzelnen stellt sich folgendermaßen: Bis 700 Mk. verdienen 4 Kollegen, von 700—900 Mk. 2, von 900—1000 Mk. 2, von 1000 bis 1200 Mk. 2, von 1200—1300 Mk. 5, von 1300—1500 Mk. 13, von 1500—1700 Mk. 18, von 1700—1800 Mk. 7, über 1800 Mk. 1 Kollege. Von den an der Statistik Beteiligten waren 49 Sandsteinmehlen, 3 Marmorarbeiter und 2 Granitarbeiter. Selbstverständlich ist die Zahl der Marmor- und Granitarbeiter eine weit größere. Diese können in unserer Statistik nicht aufgeführt werden, da sie zur Zahlstelle II gehören. Frauen und Lehrlinge werden hier nicht beschäftigt. Außer dem Dombau kommen 34 Betriebe, darunter 23 Grabsteingeschäfte, in Betracht. In sämtlichen Geschäften wird laut Tarif nur in Tag- resp. Stundenlohn gearbeitet. Letzterer variiert zwischen 55 bis 70 Pfg.

Das Durchschnittsalter der an der Statistik beteiligten Kollegen betrug 34 Jahre 10 Monate; die durchschnittliche Berufstätigkeit betrug 20 Jahre 11 Monate.

Verheiratet waren 40 Kollegen mit zusammen 114 Kindern. Ledig waren 14 Kollegen. In 8 Familien trägt die Frau zum Lebensunterhalt bei.

Von Arbeitslosigkeit wurden 23 Kollegen betroffen = 42 Prozent.

Von Krankheit wurden 16 Kollegen oder 29 Prozent betroffen.

Die exorbitant hohen Wohnmieten kommen in nachstehender Aufstellung zum Ausdruck. Der jährliche Mietzins betrug bei 1 Kollegen bis 150 Mk., bei 4 bis 200, bei 14 bis 250,

bei 6 bis 300, bei 1 bis 350, bei 5 bis 400 und bei 3 Kollegen über 400 Mk.

Daß Köln nur noch als Reparaturwerkstätte in Betracht kommt, geht daraus hervor, daß bei einer Bevölkerungszahl von 474 000 von den 97 anwesenden Steinmehlen selbst im Sommer eine Anzahl Kollegen arbeitslos umherrirt. Der Dombaumeister stellt leider einheimische Steinmehlen nicht ein. Die Kölner organisierten Steinmehlen glauben ein Recht darauf zu haben, daß sie dort, wo sie ihre Steuern bezahlen, auch Arbeit erhalten können. Das letzte Wort ist mit dem Herrn Dombaumeister hertel noch nicht gesprochen. Wir werden in einem späteren Artikel darauf zurückkommen.

Ich will vorliegenden Bericht nicht schließen, ohne den Appell an die Kölner Kollegen zu richten, in Zukunft etwas mehr Wert auf die inneren Angelegenheiten unserer Organisation zu legen. Mit der Beitragsleistung allein ist es nicht getan.

Richard Kühn.

## Die Berliner Berufsverhältnisse im Lichte der Statistik.

Die statistischen Erhebungen der Zahlstelle Berlin erstrecken sich auf die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Unter doppelt ungünstigen Verhältnissen ist die Berichtszeit für die Steinmetzbranche Berlins dahingegangen. Zu der fortschreitenden Abnahme der hier noch am Orte erfolgenden Bearbeitung von Rohmaterial gesellte sich die Krise, welche nicht nur die gesamte Bautätigkeit lahmlegte, sondern alle Zweige unserer Industrie mit ihrem unheilvollen Druck belastete. In dem wenigen, das uns geblieben, macht sich die Tendenz nach möglicher Verbilligung geltend, so in der Vereinfachung der Architektur, in der zunehmenden Verwendung von Kunststein, dazu die Konkurrenz der Maschinen, namentlich in der Marmorbranche, des Glases und der Sandstrahlgebläse in der „Grabmalkunst“. Die Folge dieser Umstände war ein Ueberfluß von Arbeitskräften, welcher in so hohem Grade noch nicht dagewesen sein dürfte. Gelegentlich der Arbeitslosenzählung, welche am 13. Februar d. J. von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Verbands der sozialdemokratischen Wahlvereine veranstaltet wurde, wurden nach den Feststellungen des Berufsstatistikers Dr. Artur Grünspan, welcher mit der Bearbeitung des gesammelten Materials betraut war, 344 arbeitslose Marmorarbeiter und Steinmehlen ermittelt. Trotz der vorzüglichen Zählmethode (der haufierenden) werden hierbei noch nicht einmal alle Arbeitslosen erfasst sein, ja es ist vorgekommen, daß sich einzelne Arbeitslose aus gänzlicher Verkennung des Zwecks der Zählung direkt entzogen haben. Doch auch so spricht diese Zahl, welche der Hälfte unserer damaligen Mitgliedschaft entspricht, Bände.

Am verderbtesten hat die Krise unter den Sandsteinmehlen gewütet. Der Straßenbau, welcher sonst den in „besseren“ Branchen nicht unterkommenden Kollegen Unterschlupf bot, ist so überfüllt, daß die Unternehmer dieser Branche es wagen dürfen, ihre Arbeiter stundenweise zu beschäftigen. Tageweise Beschäftigung auch in den übrigen Branchen gehört ebenfalls längst nicht mehr zu den Seltenheiten. Mit einem Wort — für einen erheblichen Teil der Kollegschaft ist die Ausübung des Berufes nur noch — Gelegenheitsarbeit. Von den Sandsteinmehlen waren 86,48 Prozent an der Arbeitslosigkeit beteiligt. 44,44 Prozent von diesen waren über 12 Wochen, 25,83 Prozent über 20 Wochen und 13,42 Prozent über 26 Wochen arbeitslos. Nicht viel besser erging es den Marmorsteinmehlen; während „nur“ 10,97 Prozent der arbeitslosen Marmorsteinschleifer über 12 Wochen an der Ausübung ihres Berufes gehindert wurden.

Genauen Aufschluß über die Erwerbslosigkeit im ganzen Berufe gibt folgende Tabelle:

	Arbeitslosigkeit			Krankheit		
	Sandsteinmehlen	Marmorsteinmehlen	Marmorsteinschleifer	Sandsteinmehlen	Marmorsteinmehlen	Marmorsteinschleifer
Bis 1 Woche	16	5	10	16	4	6
von 1 bis 2 Wochen	15	1	3	11	1	4
" 2 " 3 "	19	1	1	19	7	6
" 3 " 4 "	17	1	2	16	2	3
" 4 " 5 "	17	3	2	7	5	1
" 5 " 6 "	14	3	6	5	1	1
" 6 " 7 "	8	1	2	4	—	—
" 7 " 8 "	9	1	6	1	—	1
" 8 " 9 "	9	2	3	5	1	3
" 9 " 10 "	13	—	1	2	—	—
" 10 " 11 "	7	2	1	4	1	—
" 11 " 12 "	6	—	4	1	—	—
" 12 " 13 "	12	3	1	1	—	—
" 13 " 15 "	21	3	—	1	—	1
" 15 " 20 "	38	7	2	8	—	1
" 20 " 26 "	37	8	5	10	—	2
über 26 "	40	2	1	6	—	5

Im ganzen waren arbeitslos 391 Kollegen in 1287 Fällen; krank waren 174 Kollegen in 219 Fällen. Weder arbeitslos noch krank waren bei den Sandsteinmehlen nur 24 = 7 Prozent, bei den Marmorsteinmehlen nur 9 = 16 Prozent und bei den Marmorsteinschleifern 25 = 30 Prozent. — Es litten an:

	Sandsteinmehlen	Marmorsteinmehlen	Marmorsteinschleifer
Rheumatismus . . . . .	25 = 21,35 %	3 = 13,05 %	6 = 17,65 %
Halz, Unge . . . . .	55 = 47,20 %	8 = 34,78 %	11 = 32,35 %
Unfällen . . . . .	12 = 10,10 %	5 = 21,74 %	5 = 14,70 %
sonstigen Krankheiten	25 = 21,35 %	7 = 30,43 %	12 = 35,30 %

Bei den Sandsteinmehlen ist der Verdienst gegen das Vorjahr bedeutend heruntergegangen. Der Jahresdurchschnittsverdienst derselben beträgt 1547,48 (1802,30) Mk., bei den Marmorsteinmehlen 1533,71 (1459,93) Mk., bei den Marmorsteinschleifern 1255,63 (1176,96) Mk. Die Steigerung der Einkommensverhältnisse der Marmorarbeiter beweist, daß es unsern Marmorarbeitenden Kollegen gelungen ist, trotz des Nichtbestehens eines offiziellen Tarifvertrags ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Es verdienen:

	Sandsteinmehlen	Marmorsteinmehlen	Marmorsteinschleifer
Bis 700 Mk. . . . .	15	2	7
von 700 bis 900 Mk.	22	1	6
" 900 " 1000 "	24	4	6
" 1000 " 1200 "	34	6	10
" 1200 " 1300 "	16	5	14
" 1300 " 1500 "	38	10	13
" 1500 " 1700 "	41	10	19
" 1700 " 1800 "	20	4	5
" 1800 " 1900 "	16	6	2
" 1900 " 2000 "	17	2	—
" 2000 " 2100 "	27	4	—
" 2100 " 2200 "	26	1	—
" 2200 " 2300 "	21	2	—
über 2300 "	17	2	—

Die von ungefähr einem Viertel der Kollegschaft erzielten „hohen“ Löhne finden eine erhebliche Abschwächung, wenn wir z. B. die hohen Wohnmieten in Betracht ziehen. Eine Hofwohnung von einer Stube und Küche kostet hier im Durch-

schnitt 300 Mk. Jahresmiete. Ein weiteres Zimmer erhöht diesen Preis schon auf zirka 400 Mk. Wohnungen in Vorderhäusern (mit denselben Raumverhältnissen) sind noch zirka 25 Prozent teurer. Vergleichen wir aber mit diesen Wucherpreisen das Einkommen unserer am schlechtesten gestellten Kollegen, so können wir erst ganz das Elend ihrer jämmerlichen Lage erfassen. — Der größte Teil der Kollegen ist denn auch auf die Mitarbeit der Frau angewiesen, um wenigstens durch sie den Hauswirt befriedigen zu können. Soweit Angaben gemacht wurden, waren Frauen beschäftigt: mit Nähen, Schneidern 43; Aufwartung, Reinigung 26; Waschen, Plätten 9; Kleinhandel 6; Fabrikarbeit 5; Heimarbeit verschiedener Art 3; Geburtshilfe (Säuglinge) 2; Zeitungs-, Frühstücksaustragen 2; Kochen 1; Landwirtschaft 1. Daß das Familienleben unter diesen Verhältnissen nicht gefördert wird, versteht sich von selbst. Verheiratet sind 394 Kollegen. Von diesen Ehen sind 100 kinderlos. Auf die übrigen 294 verteilen sich 700 Kinder. Ledig sind 84 Kollegen. — Das Durchschnittsalter hat sich etwas gehoben. Es beträgt bei den Sandsteinmehlen 35 Jahr 2 Monate 23 Tage, bei den Marmorsteinmehlen 35 Jahre 5 Tage, bei den Marmorsteinschleifern 35 Jahre 10 Monate 20 Tage. Die Steinmehlen beider Branchen gehören dem Berufe durchschnittlich 21 Jahre an, die Marmorsteinschleifer 12 Jahre. — Gestorben sind im Berichtsjahre 13 Kollegen, von diesen 9 an der Berufskrankheit. Die Verstorbene erreichten ein Durchschnittsalter von 43 Jahren.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich dank des festen Zusammenhaltes unserer Kollegschaft auf der Höhe gehalten. Vier Kollegen mußten gegen ihre Unternehmer klagbar werden, davon drei wegen Einbehaltung des Lohnes. Zwei Klagen endigten mit vollem Erfolge, eine mit einem Vergleich auf die Hälfte der Forderung. Die vierte Klage schwebt noch. — Das Verhältnis zwischen Lohn- und Akkordarbeit ist das gleiche geblieben, wenn sich auch wiederholt auf Seiten der Unternehmer der Drang nach Erweiterung des Akkordsystems geltend gemacht hat. Es arbeiteten nur im Akkord bei den Sandsteinmehlen 17 = 5 Prozent; bei den Marmorsteinmehlen 11 = 18,64 Prozent; bei den Marmorsteinschleifern 20 = 24,39 Prozent. Bei den Steinmehlen ist nur in der Grabsteinbranche die Akkordarbeit vorherrschend. Die Kollegen der Marmorbranche (Schleifer und Steinmehlen) sind zur Hälfte im Stundenlohn, die noch verbleibenden teils im Lohn, teils im Akkord beschäftigt.

Soweit das Tarifverhältnis mit der Innung und dem Verband der Steinmetzgeschäfte in Frage kommt, können wir im allgemeinen mit der beiderseitigen Einhaltung des Vertrages zufrieden sein. Daß es auch ferner so bleibe, ist unsere Aufgabe. Nur durch die allgemeine Durchführung der bestehenden Vereinbarungen können wir weiteren notwendigen Verbesserungen entgegengehen. Es genügt jedoch nicht, mit verbundenen Augen auf das Gesetz, den Tarif, hinzuweisen, sondern es gilt, Ueberletzungen desselben von vornherein durch geeignete Maßnahmen nach Kräften zu verhüten. So soll die Organisation nicht nur den in Arbeit befindlichen Kollegen und den Kranken Schutz und Trutz bieten, sondern sie soll auch das Heer der Arbeitslosen, welches ständig im Wachsen begriffen ist, bewaffnen, ihm den Rücken stärken, damit es nicht wehrlos dem Feinde preisgegeben ist. Die am 7. Oktober stattfindende Generalversammlung (siehe Inserat in dieser Nummer) wird zeigen, ob die Berliner Kollegschaft ihrer Aufgabe gewachsen ist.

E. W.

## Die Verhandlung ausländischer Arbeiter in Preußen und Sachsen

Am 24. Sept. auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Reichenberg zur Sprache. Der Sekretär der österreichischen Gewerkschaften, Genosse Hueber-Wien, besprach den auf der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre in Paris behandelten Erlaß der preussischen Regierung, durch den die ausländischen Arbeiter jeder Willkür in bezug auf ihre Ausweisung preisgegeben sind. Er bezeichnet den Erlaß als im Widerspruch mit den Handelsverträgen stehend und hofft, daß sowohl die reichsdeutsche sozialdemokratische Fraktion als die österreichische die Frage im Parlament behandeln werden. Er schlägt folgende Resolution vor: Der Parteitag protestiert energisch gegen die brutale Behandlung der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reiche, insbesondere in Preußen und Sachsen, die dort nicht nur zu ihrem Schaden, sondern auch zum Schaden der reichsdeutschen Arbeiter ihres Koalitionsrechtes beraubt und auf Wunsch der preussischen Junker und Scharfmacher dem Legitimationssystem der preussischen Feldarbeiterzentrale unterworfen werden, das im schroffen Widerspruch zu dem Handelsvertrag der beiden Reiche steht. Der Parteitag erkennt die Bemühungen der reichsdeutschen Bruderpartei und der reichsdeutschen Gewerkschaftsorganisationen, den österreichischen Arbeitern auf deutschem Boden ihr Recht zu sichern, dankbar an. Er fordert aber die Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie in der Delegation und im Reichsrat auf, die gemeinsame Regierung mit allem Nachdruck dazu zu verhalten, daß sie von den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches die Einhaltung des Handelsvertrages und die Sicherung der Rechte der österreichischen Staatsbürger im Reiche verlangt.

Dr. Adler-Wien stimmte den Ausführungen Huebers vollständig zu: In den Delegationen hat bereits Genosse Seeliger die Frage behandelt. Die Antwort der Regierung bestand aber aus verlegenen Redensarten. Auch im Abgeordnetenhaus ist eine Interpellation eingebracht worden, eine Antwort wurde aber durch den Schluß des Parlaments verhindert. Sobald das Parlament wieder zusammentritt, wird die Fraktion eine Antwort von der österreichischen Regierung zu erzwingen wissen. Die Resolution wurde unter Beifall einstimmig angenommen.

## Literarisches.

Die deutschen technischen Fachschulen. 7. Auflage. (Deutsches Fachschulwesen. Herausgegeben von C. Malcomes. Erster Teil.) Verlag von Otto Dreyer, Berlin W. 57. Preis 2 Mk.

Gerade rechtzeitig vor dem Beginn des Wintersemesters erscheint eine neue verbesserte und erweiterte Ausgabe dieses längst zu einem vertrauten Ratgeber gewordenen Buches. Dasselbe enthält authentische Angaben über die Einrichtungen, Lehrziele, Aufnahmebedingungen, Unterrichts- und sonstige Kosten, Berechtigungen — kurz über alles das, was jedem zu wissen erwünscht ist, der die Absicht hat, eine Fachschule zu besuchen oder in die Lage kommt, sich über die einschlägigen Verhältnisse orientieren zu müssen. Das mit großer Sorgfalt bearbeitete Buch enthält die Maschinenbau-, Baugewerk-, Navigations- und sonstigen technischen Fachschulen aller Art, sowohl die staatlichen und städtischen wie die Privatanstalten in Deutschland, die deutschen staatlichen Institute Oesterreichs und der Schweiz.

Die Brandschätzung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland. Von J. Karzki. Preis 50 Pfg. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die gesamte Darstellung muß eine recht gründliche genannt werden. Wir können unsern Kollegen die Anschaffung der Broschüre nur bestens empfehlen.

Handwörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Sanders, neu bearbeitet von Dr. Wülffing. Verlag von Otto Wigand, Leipzig. Preis des Festes 1 Mark. Das Werk ist in 8 Bänden komplett. So mancher wird denken, ein Handwörterbuch über die deutsche Sprache sei überflüssig, für was haben wir denn die Volks- und andre Schulen, in welchen doch das Deutsche eingehend gelehrt wird. Wer einen Blick in das 1. Heft wirft, wird sofort konstatieren können, daß die wichtigsten deutschen Wörter in ihrer Entfaltung geschilbert werden und das ist die Haupt Sache. Wer die Mittel hat, soll sich das ganze Werk anschaffen. Die Druckausstattung ist gut.